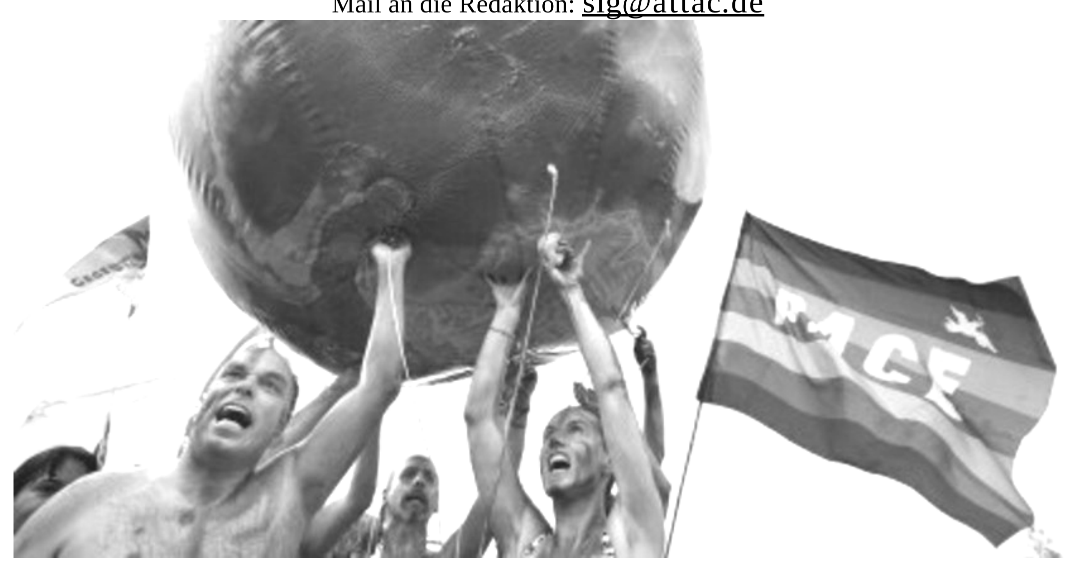
Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (16.2.2010)

Sand im Getriebe 80

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ html-Version: http://sandimgetriebe.attac.at
Mail an die Redaktion: sig@attac.de



Attac, Weltsozialforum

10 Jahre

und ein bißchen weise?

Jubiläen sind Anlässe für selbstkritische Rückblicke. Was für ein verändertes Panorama! **1998**, als sich die **Attac-Bewegung** zuerst in Frankreich mit dem Schlachtruf „Entwaffnet die Märkte" gründete, stand der Neoliberalismus mitten in einer schweren – damals noch auf Asien und Rußland konzentrierten - Weltwirtschaftskrise. IWF, WTO, G8, Davos – die Institutionen des Neoliberalismus - bestimmten noch relativ unangefochten den Diskurs der Zeit. Die USA genossen den „unipolaren Moment" und bereiteten die nächsten Kriege vor.

Heute, 12 Jahre später, hat der Neoliberalismus noch nicht seine Macht, wohl aber seine ideologische Ausstrahlung und einen Teil seiner Gestaltungskraft verloren. Der Kapitalismus zeigt, was er kann: die Entfaltung seiner inneren Widersprüche führten zur schwersten Wirtschaftskrise seit 70 Jahren. Die Dominanz des von den USA dominierten Westens scheint sich –unter heftigem Widerstand der Privilegierten, aber beschleunigt durch die Krise - in eine neue multipolare Struktur zu verwandeln, die den Ländern des Südens neue Bewegungsspielräume verschafft.

Die Asienkrise, die auch zur Gründung von Attac führte, hat die Opfer wachgerüttelt. Weltweit haben sich mächtige Gegenkräfte mobilisiert: das **Weltsozialforum(WSF)** ist zu einem Raum geworden, in dem die neoliberale Hegemonie angegriffen wird und in dem seit 10 Jahren Alternativen entwickelt werden.

In dieser Situation fragt sich Attac Frankreich:***„Welchen Nutzen hat Attac heute, im zwölften Jahr des Bestehens?“.*** Nach einer selbstkritischen Analyse der Arbeit der letzen Jahre kommt der neu gewählte Verwaltungsrat zum Schluss, dass Attac nach wie vor *„ein unersetzliches Instrument ist, um* ***Gerechtigkeit in Gesellschaft und Umwelt*** *zu erreichen“*. Das Ziel ist es nach wie vor, das Primat der Politik über die Ökonomie zu gewinnen und dadurch die *„Übernahme der Macht über das eigene Leben durch die Bürger selbst“* anzustreben. Das kann erreicht werden durch den *“Aufbau einer aktiven* Demokratie*“, durch „gesellschaftliche Selbsterziehung und in der Aktion“.*

Bernard Cassen, einer der Initiatoren des WSF, zeichnet dessen Entwicklung nach und schlägt eine *"post-altermondialistische" Wende* vor: *„Ein gutes, erfolgreiches Modell nutzt sich mit der Zeit ab... Daher ist es notwendig, Brücken zu schlagen zu den politischen Kräften und jenen fortschrittlichen Regierungen, die die unmittelbar aus den Debatten der WSF hervorgegangenen Maßnahmen konkret umsetzen“*. **Susan George** analysiert den Übergang von **G7** zu **G20** und stellt enttäuscht fest: *„Offensichtlich sind die Neuen so dankbar dafür, dass sie mit dem Altherrenclub am selben Tisch sitzen dürfen, dass sie implizit garantierten, keine hohen Wellen zu schlagen. Die 172 abwesenden Länder können wenig bis nichts von dieser neuen Konstellation erwarten“.*

Der Ursprung für Armut und Elend in **Haiti** liegt nicht in diesem Erdbeben. Der erste erfolgreiche Sklavenaufstand, gleich nach der französischen Revolution, führte zur *„Unabhängigkeit von 1804, die der französischen Armee unter Napoleon in einem hartem Kampf abgerungen wurde“.* Frankreich bürdete aber dem neuen Staat einen Berg von illegitimen Schulden auf, von dem er sich bis heute nicht erholt hat (S. **Sophie Perchellet /Eric Toussaint**).

Zur aktuellen Situation fordern viele internationale Organisationen – darunter einige **Attac-Verbände** – *„die sofortige und bedingungslose Annullierung der Auslandsschulden Haitis“,* sie lehnen es ab, *„dass die privaten multinationalen Unternehmen diese Tragödie dazu nutzen, um unter dem Mantel des Wiederaufbaus des Landes goldene Geschäfte zu machen, wie es im Irak passiert ist, oder dass sie die billigen Arbeitskräfte ausnutzen und die Naturschätze ausbeuten „*. Sie wenden sich entschieden dagegen, *„dass die Nothilfe von den USA als Vorwand benutzt wird, um das Land (zum dritten mal) zu besetzen und seiner Souveränität zu berauben“.*

Organisationen und Bündnisse der **haitianischen Zivilgesellschaft** erklären: *„Die Invasion ist ganz offensichtlich Teil der Strategie zur Remilitarisierung des Karibikraums, mit der der US-amerikanische Imperialismus auf den wachsenden Widerstand der Völker des Kontinents gegen die neoliberale Globalisierung reagiert. Wir verurteilen dieses Vorgehen und lehnen nachdrücklich ab, dass aus unserem Land eine neue Militärbasis wird.“* Sie schildern, wie sie sich für den Aufbau eines *„anderen Landes “*zusammenschließen, *„für die Verwirklichung einer Landreform und einer integrierten städtischen Bodenreform kämpfen, gegen das Analphabetentum zu Felde ziehen und sich für die Wiederaufforstung einsetzen“*- und schlagen vor, dabei von internationalen Solidaritätsbrigaden Unterstützung zu erhalten.

Inzwischen hat der südamerikanische Staatenbund **UNASUR** mit massiver „Süd-Süd-Hilfe“ für Haiti begonnen – ohne knebelnde Auflagen.. **Harald Neuber** beschreibt, wie sich – unter Geburtswehen – die Staaten Lateinamerikas aus der Abhängigkeit von den Industriestaaten des Nordens lösen.

Michael Haid (IMI) untersucht die „neue“ Afghanistan-Strategie, wie sie auf der Londoner Konferenz vereinbart wurde. Die **NATO** macht in **Afghanistan** einen neuen Versuch, die Vorherrschaft des „Westens“ in Zentralasien, an dieser Nahtstelle zwischen China und Rußland, mittels einer Strategie der „Afghanisierung“ zu sichern. Diese Strategie - einheimische Kollaborateure für die Interessen der Invasoren kämpfen zu lassen - wurde schon in Vietnam unter dem Namen „Vietnamisierung“ erprobt. Sie führte zu einer Verlängerung der Besatzung und des Leidens der Bevölkerung. Zur Identität von Attac in den letzten 10 Jahren gehört auch der Kampf gegen „ die Weltherrschaft durch das Kapital oder irgendeine andere Form des Imperialismus“ (Charta des Weltsozialforums). Deshalb endet auch diese Nummer mit dem **Aufruf**, den Druck zu erhöhen und die NATO-Aggression in Afghanistan zu beenden **(„Kein Soldat mehr“**).

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen:
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3€, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15€ für 6 Ausgaben. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Attac Frankreich

Erklärung des Rats:

Zielsetzungen für die kommenden drei Jahre

Während der ersten Arbeitssitzung des neu gewählten Verwaltungsrates (1) am **9. und 10. Januar 2010** fand eine Diskussion statt, die von zwei Fragen ausging:
Welchen Nutzen hat Attac heute, zwölf Jahre nach seiner Gründung? Und welche Ziele setzt sich der Rat für die kommenden drei Jahre?
Die Diskussion hat zu folgendem Text geführt, der an das Strategiepapier anschließt, das von Attac im letzten Dezember verabschiedet wurde (2).

Welchen Nutzen hat Attac heute, im zwölften Jahr des Bestehens?

Wenn wir bei Attac aktiv sind, dann deshalb, weil wir glauben, dass Attac ein unersetzliches Instrument ist, um Gerechtigkeit in Gesellschaft und Umwelt zu erreichen. Anfang 2010 starten wir eine große Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder, um dieses Instrument zu stärken. Jedoch müssen wir uns zwei Fragen stellen: **In welchen Dingen bleibt Attac unersetzlich? Und wie lässt sich die größtmögliche Anzahl von Bürgern davon überzeugen, sich uns anzuschließen?**

Attac hat bis 2002 ein fulminantes Wachstum erreicht, ab 2004 dann aber Mitglieder verloren. Die letzte große nationale Kampagne, in der die Stimme von Attac in der politischen Diskussion ins Gewicht fiel, war das Referendum zum EU-Vertrag. Anschließend haben uns der Rückschlag der sozialen Bewegung sowie die interne Krise zurückgeworfen. Die Ortsgruppen haben ihre oft sehr fruchtbaren Aktivitäten fortgesetzt, auf nationaler Ebene aber hat die Vereinigung an Gewicht verloren.

Trotzdem bringt die globale, finanzielle, soziale und ökologische Krise unsere Vorschläge heute ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte. Wir haben als Erste gezeigt, dass die Dominanz des Finanzsektors und des Freihandels auf Dauer unerträglich ist, und Maßnahmen vorgeschlagen, wie dieser Übermacht zu entkommen ist. Die Eliten haben begonnen, einen Teil unseres Vokabulars und unserer Ideen aufzunehmen (Besteuerung der Bonuszahlungen, der spekulativen Finanztransaktionen etc.), aber sie begnügen sich mit bloßen Diskussionen oder sogar nur Scheindiskussionen. Das Scheitern der G 20-Treffen und des Kopenhagener Klimagipfels, die Lähmung des politischen Europa zeigen, dass die herrschenden Eliten sich weigern, die Hegemonie des Finanzsektors und des Neoliberalismus in Frage zu stellen und Antworten zu geben, die den sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen gerecht werden.

Wir können wieder an Boden gewinnen, wenn wir uns darüber klar werden, wer wir sind und wozu wir nützlich sein können. Attac hat, nachdem es mit der Tobin-Steuer als zentralem Thema gegründet worden ist, seine Aktivität auf eine beeindruckende Anzahl von Themen ausgedehnt. Dies ist völlig normal: Unsere gesellschaftliche Zielsetzung ist es , *„dass die Menschen von der Finanzwelt wieder die Macht über alle Aspekte des politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens in der ganzen Welt ausübt, erobern."* Aber diese Ausweitung der Aktivitäten erscheint im Alltag manchmal als Verzettelung. Aus diesem Grund müssen wir in unseren ureigensten Anliegen fest verankert bleiben. <u>Das „Plus" von Attac ist es, drei Dinge miteinander zu verknüpfen:</u>

- ein <u>Angriffsziel</u>: die Hegemonie des Finanzsektors und die Verwandlung der Welt in eine Ware
- eine <u>Zielsetzung</u>, die zugleich ein Mittel der Veränderung ist: die Übernahme der Macht über das eigene Leben durch die Bürger selbst, Aufbau einer aktiven Demokratie
- eine <u>Methode</u>: Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen herstellen, insbesondere innerhalb der altermondialistischen Bewegung

Wenn wir, wie 2003 und vielleicht auch 2010, eine Kampagne zu den Renten führen, wenn wir über Beschäftigung und Präkariat sprechen, so wollen wir damit nicht die Gewerkschaften und andere Vereinigungen imitieren: Wir tun das mit dem uns eigenen Beitrag, dem „Plus" von Attac, das heißt mit der Widerlegung pseudowissenschaftlicher Argumente, die die Gewinninteressen der Finanzwirtschaft verschleiern, mit der Hervorhebung von solidarischen Alternativen für Rente, Lohn und Beschäftigung.
Wenn wir von genveränderten Organismen sprechen, dann aus unserer eigenen Sichtweise heraus: Wir prangern die Herrschaft der transnationalen Unternehmen an und setzen uns konkret für eine nachhaltige Landwirtschaft ein sowie für das Recht der Staaten auf Selbstbestimmung über die Grundlagen ihrer Nahrungsproduktion.
Wenn wir von Ökologie sprechen, dann nicht als Double von Umweltorganisationen, sondern um die enge Verbindung zwischen der ökologischen und sozialen Krise zu zeigen und um Klimagerechtigkeit gegenüber dem Handel mit Emissionszertifikaten, dem Freihandel sowie dem Produktivismus und Wachstumswahn durchzusetzen. Und dies sowohl auf globaler wie auf lokaler Ebene.

Jedes Mal versuchen wir die Analyse mit der Aktion zu verknüpfen, die Kritik mit den Alternativen, und bauen so, gemeinsam mit unseren Gründer- und anderen Organisationen, die Instrumente und Gemeinsamkeiten auf, die die Kräfteverhältnisse verändern. Jedes Mal stellen wir die Verbindung zwischen den lokalen Aktionen und den globalen Herausforderungen her: Es reicht nicht aus, global zu denken und lokal zu handeln, man muss auch global handeln. Wir arbeiten an lokalen Alternativen und zeigen, inwiefern diese Perspektiven auf andere mögliche Welten geben, um die Vision einer gesellschaftlichen Veränderung erneut zu entwickeln.

Welche Zielsetzungen für die kommenden drei Jahre?

Im Laufe der kommenden drei Jahre sollte unsere Hauptrolle auf nationaler Ebene darin bestehen, den Ortsgruppen und unseren nationalen und internationalen Partnern Vorschläge für gut durchdachte und mobilisierende Kampagnen zu machen und unsere Vereinigung zu diesem Zweck zu organisieren. Jede/r von uns hat gespürt, dass dies möglich ist, etwa an dem Tag, an dem sie oder er bei der Kampagne gegen die Privatisierung der Post einen Volksabstimmungs-Tisch (3) organisiert hat: Was könnte es Besseres

geben als diese Form der Volksbildung durch und in der Aktion? In der Gesellschaft gibt es eine große Erwartung. Es ist an uns, den Menschen die Mittel vorzuschlagen, mit denen sie ihr Leben in die Hand nehmen und Akteure der Politik werden können. Indem wir unsere Effektivität auf diesem Gebiet zeigen, machen wir Attac wieder zu einer Bezugs- und Anziehungspunkt.

Welche Hauptzielsetzungen und -wege will sich der Rat, ausgehend von dieser Überlegung, für die nächsten drei Jahre vornehmen?

Wir schlagen hier eine erste Liste vor, die nicht erschöpfend ist, sicherlich auch unvollkommen, und die je nach Situation weiterentwickelt werden kann.

Gut durchdachte und mobilisierende **Kampagnen durchführen**, die alle Attac Gliederungen einbinden und auch über Attac hinausgehen und die geeignet sind, die Kräfteverhältnisse zu verändern.
• Die auf nationaler Ebene verfügbaren menschlichen und finanziellen Ressourcen stärker bündeln und auf die wichtigsten Kampagnen konzentrieren, rechtzeitig die Prioritäten setzen;
• Im Jahre 2010 gilt es, drei Kampagnen zu entwickeln und ausarbeiten (ungeachtet ggf. aktualitätsbedingt notwendiger Veränderungen): **internationale Steuern (4) , Banken, Klimagerechtigkeit** unter Beachtung der Termine der G 20-Treffen (vor allem das von Mitte 2011 in Frankreich) und der Kopenhagen-Nachfolgekonferenz Ende 2010 in Mexiko;
• Bei diesen Kampagnen ist eine starke Einbindung der Ortsgruppen und der Gründerorganisationen erforderlich.

Umgestaltung unserer Volksbildung
• Unsere Emanzipationsziele fortführen, indem wir die Aktion noch stärker mit der Reflexion verknüpfen, ebenso wie die konkreten Aktionen mit globalem Denken und Handeln;
• Umwandlung der Sommeruniversität (5) in einen Ort des Experiments genauso wie des Austausches über die konkrete Praxis und die Entwicklung von Aktionen, und zwar in engem Verbund mit Altervillage (6) . Die Gesamtheit von Attac ist mehr als bisher einzubeziehen, wobei wir die Stärken der letzten zwölf Jahre nutzen sollten.
• Wir müssen unsere Botschaften so formulieren, dass sie für jeden leicht verständlich sind.
• Die Schulung unserer Aktivisten muss wieder angekurbelt werden.
• Mehr Präsenz an den Universitäten anstreben, wobei wir uns namentlich auf Attac Campus stützen. Wir sollten ebenfalls in den Aktionen gegen prekäre Lebensverhältnisse mehr Präsenz zeigen und zwar in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Bewegungen der Arbeitslosen, Flüchtlinge ohne Papiere und dergleichen.

Wiedereingliederung von Attac in die internationalen Bewegungen
• Den Aufbau eines europäischen und internationalen Netzwerkes von Attac weiterverfolgen.
• Das Weltsozialforum 2011 soll ab sofort ein Schwerpunkt sein.

Demokratisierung unserer Abläufe
• Aufbau wirksamer Strukturen, um die Verbindungen zwischen Attac Frankreich und den Ortsgruppen zu verstärken;
• Erneuerungen unserer demokratischen Abläufe ausloten und umsetzen, damit sich die Mitglieder sowohl auf lokaler wie auf nationaler Ebene leichter und effizienter einbringen können;
• Das „bureau national“ (7) bei seinen Aufgaben unterstützen; die Ausschüsse und Arbeitsgruppen zu echten offenen und transparenten Foren machen, auf denen Impulse entwickelt werden, dies in Verbindung mit dem Rat.

Unsere finanziellen Mittel und unsere Außenwirkung erhöhen
• Damit die Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder Anfang 2010 erfolgreich wird, muss jede Ortsgruppe und jedes Mitglied einbezogen werden.
• Wir müssen uns um Drittmittel bemühen (unter Wahrung unserer Autonomie), um die notwendigsten Mittel für Material und Mitarbeiter sicherzustellen.
• Der Beginn der Amtszeit des neuen Rates und der Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder soll dazu genutzt werden, unsere Verbindungen zu den Gründerorganisationen und den Medien (vor allem der alternativen) zu stärken.
• Wir müssen daran arbeiten, das Netzwerk der örtlichen und nationalen Abgeordneten wiederzubeleben und ein Netzwerk mit Abgeordneten des Europaparlaments aufzubauen.
• Der wissenschaftliche Beirat soll ausgeweitet und wiederbelebt werden.
• „Grain de Sable“ soll wiederbelebt und seine breite Verteilung gewährleistet werden.

In diesem Rahmen hat der Rat am 9. und 10. Januar 2010 bereits jetzt entschieden:
• Jeder Ausschuss und jede Arbeitsgruppe von Attac wird aufgefordert, eine Bestandsaufnahme seiner/ihrer Arbeit abzugeben und mitzuteilen, welche Aktivitäten geplant sind. Diese werden auf der nächsten Sitzung des Rates diskutiert und den Mitgliedern vorgestellt.
• Wir werden mit unseren internationalen Partnern eine Petition für globale Besteuerung ausarbeiten und zu diesem Thema vor dem nächsten G 20-Gipfel, der Ende Juni in Kanada stattfinden wird, ein großes öffentliches Kolloquium organisieren.

Anmerkungen
(1) „conseil d´administration“, entspr. Rat von Attac Deutschland

(2) www.france.attac.org/spip.php?article10349

(3) (Anm. der SiG-Red.) Gewerkschaften und verschiedene Organisationen – u. a. Attac – hatten Anfang Oktober 2009 an Tausenden von Orten eine öffentliche Volksabstimmung zur geplanten Privatisierung der Post organisiert, da die Regierung ein Referendum zu diesem Vorhaben abgelehnt hatte. 2,3 Millionen Menschen nahmen daran teil, diese lehnten zu 90% die Privatisierung der Post ab.

http://www.appelpourlaposte.rezisti.org/spip.php?article182

S. auch http://www.suisse.attac.org/Contre-la-privatisation-de-La

Mehr dazu in einer der nächsten „Sand im Getriebe“ zum Thema Privatisierungen.

(4) Siehe dazu http://www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern/themen/finanztransaktions-steuer/

(5) Wörtlich: „université populaire“, also Bürgeruniversität

(6) www.france.attac.org/spip.php?rubrique1157

(7) entspricht dem Kokreis bei Attac De

Originalartikel :
www.france.attac.org/spip.php?article10675
Übersetzung : coorditrad (Wilfried Pürsten, Hildegard Tischer)

Generalversammlung von Attac Frankreich im Dezember 2009 :
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1144
Die zwei Vorsitzenden von Attac Fr. sind jetzt **Aurélie Trouvé** und **Thomas Coutrot**. Jean-Marie Harribey hatte nicht wieder kandidiert, er wird sich schwerpunktmäßig im wissenschaftlichen Beirat engagieren.

Bernard Cassen

Auf dem Weg zu einer post-altermondialistischen Wende der Sozialforen?

4. Januar 2010

Die Weltsozialforen (WSF), die im Jahr 2000 angedacht wurden und deren erste Ausgabe im Januar 2001 in Porto Alegre stattfand, sind zu Treffpunkten mit großer Ausstrahlungskraft für die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen der Mehrzahl der Länder der Welt geworden, um dort die verheerenden Folgen des Neoliberalismus anzuprangern und Alternativen zu entwickeln und zu verbreiten. Aber ein gutes, erfolgreiches Modell nutzt sich mit der Zeit ab... Daher ist es notwendig, Brücken zu schlagen zu den politischen Kräften und jenen fortschrittlichen Regierungen, die die unmittelbar aus den Debatten der WSF hervorgegangenen Maßnahmen konkret umsetzen.

Keiner von denen, die damals in diesem kleinen Büro von Monde diplomatique in Paris zugegen waren [1], wo am 16. Februar 2000 der Grundstein für das spätere Weltsozialforum gelegt wurde, hätte sich vorstellen können, dass damit ein neuer Akteur auf der internationalen politischen Bühne auftauchen würde. Alles ging dann sehr schnell, denn das erste WSF fand noch nicht einmal ein Jahr später in Porto Alegre, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul [2] statt.

Dieser schnelle Übergang von der Idee zur Aktion war ein bemerkenswerter Erfolg, den man dem brasilianischen Organisationskomitee zuschreiben muss, das sich zu diesem Anlass gebildet hatte. In einem im August 2000 [3] veröffentlichen Artikel, der in entscheidender Weise dazu beitrug, dem künftigen Forum Glaubwürdigkeit zu verschaffen und international bekannt zu machen, schrieb Ignacio Ramonet: "Im Jahr 2001 wird Davos einen Konkurrenten haben, der den Planeten in seinem heutigen Zustand weitaus besser repräsentiert: das Weltsozialforum, das zum gleichen Zeitpunkt (vom 25. bis zum 30. Januar) in der südlichen Hemisphäre, in Porto Alegre (Brasilien) stattfinden wird." Auf der Grundlage der Kenntnisse, die er damals besaß, fügte er hinzu, dass "zwischen 2.000 und 3.000 TeilnehmerInnen erwartet würden, die die Hoffnungen ihrer jeweiligen Gesellschaften mitbrächten". Aber zur allgemeinen Überraschung kamen sechs Monate später fast 20.000 Delegierte in der Gaucha-Hauptstadt zusammen!

Die Negativreaktionen auf Davos waren ein gewichtiger Faktor für diese Mobilisierung. Die gewollte Ähnlichkeit in den Bezeichnungen für beide Foren – Weltwirtschaftsforum oder World Economic Forum (WEF) für Davos, und Weltsozialforum für Porto Alegre – und die ebenso mit Bedacht gewählte Gleichzeitigkeit der Termine für beide Veranstaltungen hatten sich als entscheidende mediale Trümpfe erwiesen. Klaus Schwab, Gründer und Präsident des Forums von Davos, stellte dies mit bitteren Worten fest, als er sich über die „negative Aneignung“ des Rufs des WEF beklagte.

Weil **Davos** die **Macht und Arroganz der Finanzmärkte, die Missachtung der Demokratie und der Gesellschaft** symbolisiert, stellte dieses Treffen eine perfekte Zielscheibe für die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen dar. Im Januar 1999, mitten in der Sitzungszeit des WEF, hatten mehrere Organisationen, darunter das Weltforum der Alternativen (WFA) und Attac, in Zürich ein zweitägiges Seminar organisiert, mit einer anschließenden Pressekonferenz im der Schweizer Wintersportort. Thema dieser Pressekonferenz: "Das andere Davos". Aufgrund der massiven Polizei- und Militärpräsenz war in den engen und verschneiten Straßen der Stadt tatsächlich jegliche Demonstration praktisch unmöglich.

Die ersten WSF definierten sich somit in Abgrenzung gegen alles, was Davos darstellte. Sie prangerten den Neoliberalismus an und riefen zum Widerstand gegen seine Verbrechen auf. Sie reihten sich auch in die Fortführung der zapatistischen Kämpfe ein (insbesondere des intergalaktischen Treffens von **Chiapas** im Jahr 1996); in die Fortführung des siegreichen Kampfes von 1998 gegen das multilaterale Investitionsabkommen (**MAI**), das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Geheimen ausgeheckt und dessen Text von Le Monde diplomatique in Frankreich veröffentlicht wurde; und natürlich in die Fortführung der großen Mobilisierung von **Seattle** gegen die Welthandelsorganisation (WTO) vom Dezember 1999 [4].

In einer zweiten Phase wurde die Bezeichnung der Foren aussagekräftiger, was sich lexikalisch in der Aufgabe des Begriffs "GlobalisierungsgegnerInnen" zu Gunsten des Begriffs „Altermondialisten“ ("GlobalisierungskritikerInnen") niederschlug. Also indem man von der Ablehnung zur Formulierung eines Projekts überging, was auch besser dem Motto der Foren entsprach: "Eine andere Welt ist möglich." Diese Entwicklung ging ohne jegliche Veränderung am Statut des WSF von statten, das in der im Juni 2001 ausgearbeiteten Charta der Prinzipien niedergelegt ist. In diesem Grundlagendokument wird das Forum sowohl als ein Raum als auch ein Prozess definiert, und keinesfalls als ein festes Gebilde. Es geht darum, einen Raum zu öffnen für einen Austausch, einen Dialog für die Ausarbeitung von Vorschlägen, die Festlegung von Handlungsstrategien und die Vereinbarung von Koalitionen aller sozialen Akteurinnen und Akteure, die die neoliberale Globalisierung ablehnen. Aber jedes dieser Vorhaben verpflichtet nur die Organisationen, die sich einklinken wollen, und nicht die Gesamtheit der Organisationen, die auf dem Forum präsent sind.

Das WSF als solches nimmt also nicht Stellung, es gibt keine "Abschlusserklärung" seiner Treffen; es gibt nur Texte, die auf dem WSF angenommen wurden, aber keine Texte des WSF oder seiner kontinentalen Ableger (wie das afrikanische Sozialforum, das europäische usw.). Dieses offene System hat es möglich gemacht, den Foren nach und nach neue Kräfte zuzuleiten – "reformistische" Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGO), indigene, feministische, ökologische, konfessionelle Bewegungen etc. –, die es akzeptierten, mit radikaleren Elementen ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen, aber sich nicht von ihnen vereinnahmen lassen wollten.

Von einem WSF zum nächsten wurden so Hunderte von Vorschlägen gemacht (mehr als 350 allein auf dem Forum von Porto Alegre im Jahr 2005), jedoch ohne Prioritätensetzung oder Verbindung zwischen ihnen. Alles was gegen das Prinzip der "Horizontalität" verstieß (alle Vorschläge haben den selben Status) und alles, was "vertikal" erschien (zum Beispiel eine Plattform, die verschiedene sich ergänzende, aber vereinzelte Vorschläge zusammenführen wollte), wurde von einer einflussreichen Fraktion der brasilianischen OrganisatorInnen der

Foren und von NGO-Verantwortlichen bekämpft, die darin den Keim eines politischen Programms oder gar die Schaffung einer neuen Internationalen sahen!

So wurde das **Manifest von Porto Alegre**, das einen Grundstock von 12 Vorschlägen bildet, welche aus Debatten hervorgegangen waren, Sinn machten und ein Projekt darstellten, und das am 29. Januar 2005 von 19 Intellektuellen (darunter zwei Nobelpreisträgern) [5] der vier Kontinente vorgestellt wurde, grundsätzlich von einer Reihe selbst ernannter HüterInnen der "Forums-Orthodoxie" kritisiert. Ein ähnliches Schicksal beschieden die selben Leuten später dem **Aufruf von Bamako**, einem programmatischen Dokument von globaler Bedeutung, das im Anschluss an ein Treffen des Weltforums der Alternativen (WFA) verfasst wurde, an dem 200 Intellektuelle und VertreterInnen sozialer Bewegungen teilgenommen hatten – mehrheitlich aus Afrika und Asien. Der Zeitpunkt dieses Forums in der Hauptstadt von Mali war der Vorabend des dezentralen WSF, das im Januar 2006 stattfand [6].

Wenn man die **Charta** der Prinzipien von 2001 so eng auslegt, wie es einige Leute machen, wären die Sozialforen dazu verurteilt, gegenüber den Strukturen der herrschenden Weltordnung Myriaden von Vorschlägen sehr unterschiedlicher Bedeutung in unübersichtlicher Reihenfolge zu präsentieren. Diese herrschende Weltordnung – Regierungen und multilateralen Institutionen (Weltwährungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation, OECD), von der Europäischen Union ganz zu schweigen – zeigt aber einen unerschütterlichen Zusammenhalt, wenn es um die Oktroyierung neoliberaler Dogmen geht.

Dieser freiwillige Verzicht, auf der Grundlage einer gemeinsamen internationalen Plattform kollektiv Druck auf die Handelnden in der Politik auszuüben, ohne sich an Wahlen zu beteiligen, erklärt die Abnutzung des Modells der WSF, auch wenn die Foren weiter Zehntausende von TeilnehmerInnen aus der Umgebung anziehen, die oft aus Neugier kommen, wie dies in Belem im Januar 2009 der Fall war. Viele AktivistInnen fragen sich, welche konkreten politischen Antworten bei diesen Treffen gefunden werden und in welcher Weise sie zum Entstehen einer "anderen möglichen Welt" beitragen können.

Die Dinge sind komplizierter geworden, nachdem in Lateinamerika (Bolivien, Ecuador, Paraguay, Venezuela) **Regierungen** an die Macht gekommen sind, die aus Volksbewegungen hervorgegangen sind und natürlich nicht ohne Hochs und Tiefs konkret eine Politik des Bruchs mit dem Neoliberalismus verwirklichen, auf nationaler wie auch internationaler Ebene – so wie sie auf den Foren formuliert wurde. Welche Haltung soll man ihnen gegenüber einnehmen? Muss man mit ihnen solidarisch sein, sei es auch nur von Fall zu Fall? Oder muss man mit verschränkten Armen dastehen und wegschauen unter dem Vorwand, dass es sich ja um Regierungen, also um dem Wesen nach Verdächtige handelt, die man daher auf Distanz halten muss.

Dieses Verhalten verweist auf eine verschwommene anarchistische, aber in zahlreichen Organisationen weit verbreitete Ideologie. Ihre Theorie ist vor allem von John Holloway in seinem Werk entwickelt worden, das den programmatischen Titel trägt: „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" [7]. Das Wort Macht fehlt übrigens im Vokabular zahlreicher dieser Akteurinnen und Akteure, es sei denn um es anzuprangern, sehr oft in Reaktion auf die totalitären Entartungen von Einheitsparteienstaaten. Hingegen erklärt man die Gegenmacht und den zivilen Ungehorsam zu den Haupthebeln der Veränderung. Eine solche Haltung wird leicht unhaltbar, wenn beispielsweise die Bolivarische Allianz der Völker unseres Amerika (ALBA), die 9 lateinamerikanische und karibische Staaten umfasst, beim Gipfel in Kopenhagen Positionen einnimmt, die mit denen der Klimagerechtigkeit fordernden NGO-Koalitionen übereinstimmen, und direkt den Kapitalismus in Frage stellt [8].

Der neue internationale Kontext wird es erforderlich machen – und das betrifft auch die Konzeption der Sozialforen –, **neue** Formen im Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen, politischen Kräften und progressiven Regierungen auszuloten. Ein Begriff wurde vorgeschlagen, um diese Entwicklung zu charakterisieren: der Post-Altermondialismus [9], der nicht den Altermondialismus ersetzt, sondern eine mögliche Weiterentwicklung darstellt. Während des WSF in **Belem** trat ein erster Ansatz dieses post-altermondialistischen Vorgehens zu Tage: Im Dialog zwischen vier lateinamerikanischen Präsidenten – Hugo Chavez (Venezuela), Rafael Correa (Ecuador), Fernando Lugo (Paraguay) und Evo Morales (Bolivien) – und den VertreterInnen von sozialen Bewegungen des Subkontinents.

Dieser Dialog wird sich mit der verstärkten Teilnahme von Staatschefs (darunter die von Präsident Lula) beim thematischen Sozialforum von Bahia vom 29. bis 31. Januar 2010 in Salvador [10], vertiefen. Es ist davon auszugehen, dass auf dem nächsten WSF, das 2011 in Dakar stattfinden wird, noch mehr Staatschefs teilnehmen werden. Auf einem Vorbereitungstreffen in der senegalesischen Hauptstadt im November letzten Jahres haben soziale Bewegungen des Kontinents ihren Willen bekundet, das WSF weiterzuentwickeln. In der Debatte ist von der Notwendigkeit gesprochen worden, daraus "einen Raum glaubwürdiger Bündnisse" zu machen und nicht "einen Markt der Zivilgesellschaft"; eine "neue Beziehung mit den politischen AkteurInnen zu definieren", um "eine Alternative aufzubauen". Die notwendige "post-altermondialistische" Wende der Sozialforen wird sich in Afrika mit Sicherheit festigen.

Anmerkungen:

[1] Es handelte sich, außer um den Autor dieses Artikels (damals Generaldirektor der Zeitung und Präsident von Attac Frankreich), um Chico Whitaker und d'Oded Grajew, Sekretär der Kommission Gerechtigkeit und Frieden der Nationalen Konferenz der brasilianischen Bischöfe beziehungsweise um den Leiter der brasilianischen Unternehmervereinigung für die Bürger (CIVES), sowie um Frau Whitaker und Frau Grajew.
[2] Zur Entstehung und Organisation dieses ersten Forums und der beiden folgenden: Bernard Cassen, Tout a commencé à Porto Alegre, Ebenfalls über die Anfänge des Forums: Text von Chico Whitaker , http://vimeo.com/7420061 (SiG-Red.)
[3] Ignacio Ramonet, «Davos ? Non, Porto Alegre», Le Monde diplomatique, August 2000. Dieser Artikel wurde in über 20 Fremdsprachenausgaben, die diese Monatsschrift damals zählte, veröffentlicht. Ebenso der Leitartikel desselben Autors, der einige Wochen vor Beginn des Forums zu Mobilisierungszwecken erschien: "Porto Alegre", Le Monde diplomatique, Januar 2001.
[4] „Drei Herausforderungen für die Weltsozialforen" von Samir Amin und François Houtart, erschienen in Le Monde Diplomatique, Mai 2006, Übersetzung in SiG 52 http://sandimgetriebe.attac.at/4733.html
[5] Übersetzung in SiG 41 http://sandimgetriebe.attac.at/3095.html
[6] Übersetzung in SiG 49 http://sandimgetriebe.attac.at/2599.html
[7] Editions Syllepse, Paris, 2003.
[8] Erklärung zum Klimawandel, angenommen vom ALBA-Gipfeltreffen vom 13./14. Dezember 2009 in Havanna, in SiG 79 veröffentlicht http://sandimgetriebe.attac.at/8567.html
[9] Am 26. Januar 2008 haben die Vereinigung Mémoire des luttes und die Zeitschrift Utopie critique in Paris ein Kolloquium unter folgendem Titel organisiert: "Altermondialisme et post-altermondialisme." Der Schlussaufruf befindet sich unter: http://www.medelu.org/spip.php?article7&var_recherche=colloque%20post%20altermondialisme
Anm. der SiG-Redaktion:
S. auch zur Vorbereitung dieses Kolloquiums in SiG 65 http://sandimgetriebe.attac.at/6404.html
[10] http://www.fsmbahia.com.br

Originalartikel:
http://www.medelu.org/spip.php?article323
Übersetzung: coorditrad (Jürgen Janz, Korrektur Bernhard Sallegger)

Susan George

10 Jahre später

Vortrag am Seminar „Ten years later“, Porto Alegre, 25.-29. Januar 2010

Das WSF muss daran arbeiten, die Allianz der sozialen Bewegungen mit den Umweltschützern, welche in Kopenhagen gebildet wurde, zu verstärken und zu vertiefen und diese Allianz zu erweitern, um auch Friedensorganisationen mit einzubeziehen.

Obwohl die Treffen des Weltsozialforums immer Anlass zur Hoffnung sind, hat niemand von uns Grund zu feiern, wenn man auf das soeben vergangene Jahr zurückblickt. Die Ereignisse von 2009 gipfelten in der Kopenhagener Katastrophe – aussergewöhnlich schlechte Nachrichten für die Menschheit – doch waren darunter auch zwei enttäuschende G20-Treffen, deren klares Ziel es war, so schnell wie möglich zum business as usual zurückzukehren. Um den Internationalen Währungsfond vor dem Aussterben zu bewahren, haben die G20 dem IWF 750 Milliarden Dollar Steuergelder ohne irgendwelche Bedingungen zugesprochen. So kann der Fond seinen Opfern einmal mehr drastische Strukturanpassungsmassnahmen aufzwingen. Es gab eine kurze nervöse Aufregung um Steuerparadiese – doch die G20 hat die Dinge so arrangiert, dass sich keines dieser Paradiese Sorgen machen musste und machte die lächerliche Verlautbarung, dass sich keine Länder mehr auf der schwarzen Liste der OECD befinden. .

Währenddessen haben die Banken, welche von ihren jeweiligen Regierungen von den Toten erweckt wurden, schnurstracks wieder die alten Wege eingeschlagen. Die Billionen Steuergelder wurden teilweise zurückgezahlt, doch das heisst nicht, dass irgendetwas besser wird. Vielleicht werden ein paar marginale Änderungen, was die Regulierung anbelangt, eingeführt. Doch werden den grössten Finanzinstituten bestimmt keine Restriktionen von der Art der „Glass-Steagall“-Gesetze (1) aufgezwungen. Diese Banken sind „too big to fail“, jedoch nicht „too big to bail“ (nicht zu gross, um von der Regierung gerettet zu werden). Das US-Bankensystem gab über 5 Milliarden. Dollars für Lobbying aus, um einige Duzend Regulierungen abzuschaffen. Die Finanzkrise war die direkte Folge ihrer Bemühungen. Anfang 2009 hielten Experten, die fast alle die Finanzkrise nicht vorausgesagt hatten , die schwache und falsche Entschuldigung bereit: „Niemand sah das kommen“. Am Ende desselben Jahres verkündeten sie genauso einstimmig: „Die Krise ist vorbei.“ Beides ist falsch: Viele Leute sahen die Krise kommen, wurden jedoch überhört. Und die Krise ist überhaupt nicht vorbei, ausser der halbherzigen Erholung von einigen Aktienmärkten. Den Banken jedoch geht es sehr gut, danke: Im November 2009 hat Goldman Sachs jeden Tag 100 Millionen Dollar gescheffelt.

Da die G20-Staaten offiziell die G8-Staaten ersetzt haben, fragte man sich im Voraus, ob die Präsenz der BRIC-Staaten die Beschlüsse irgendwie beeinflussen würde. Nun wissen wir es: Offensichtlich sind die Neuen so dankbar dafür, dass sie mit dem Altherrenclub am selben Tisch sitzen dürfen, dass sie implizit garantierten, keine hohen Wellen zu schlagen.
Die 172 abwesenden Länder können wenig bis nichts von dieser neuen Konstellation erwarten. Und falls sie eine Bestätigung für ihre Bedeutungslosigkeit gebraucht hätten, hat Kopenhagen ihnen diese in aller Deutlichkeit geliefert.

(…) Abgesehen vom Banken- und Aktienmarkt jedoch ist die Krise definitiv noch nicht vorbei. Die Arbeitslosigkeit nahm erheblich zu, wie auch die prekäre Arbeit. Ungleichheiten waren noch nie so gross, weder zwischen noch innerhalb der Länder. Die Banken vergeben den bankrotten kleinen und mittleren Unternehmen keine Kredite. Der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise 2008, der 100 Millionen Menschen zusätzlich in chronischen Hunger trieb, wurde grösstenteils durch die Ersetzung des Nahrungsmittelanbaus durch Agrartreibstoff-Anbau in den USA und in Europa und vor allem durch Spekulation auf den Rohstoffmärkten verursacht. Diese unerhört hohen Preise sanken Ende 2008 ein wenig, stiegen 2009 jedoch wieder und verfolgen jetzt einen Aufwärtstrend. (…)

Die Schlussfolgerungen, welche man aus dem besorgniserregenden Zustand der Wirtschaft ziehen kann, scheinen mir die folgenden zu sein. Der Triumphzug des Neoliberalismus geht weiter und er bleibt für eine winzige Minderheit, die von den Regierungen der G20-Staaten grosszügig unterstützt wird, hoch profitabel. Es gibt keine Anzeichen, dass diese Staaten irgendetwas Ernsthaftes gegen die Wünsche der Banken unternehmen.

Wenn wir uns die Organisation der **Welt** als **konzentrische Kreise** oder Kugeln vorstellen, dann wäre der erste und einflussreichste Kreis ganz bestimmt der **Finanzsektor**, der nun größtenteils von der realen Wirtschaft abgekoppelt ist. Mehr als 80 Prozent der Finanzkredite gehen an den Finanzsektor selbst, nicht an die Produktion, Verteilung oder Konsum.
Der nächste Kreis ist die **Realwirtschaft**, welche frei ist, sich dorthin zu bewegen, wo die Lohnkosten und die Steuern am tiefsten sind.
Finanzsektor und Realwirtschaft regulieren zusammen die **Gesellschaft** und diktieren ihr, wie sie sich zu organisieren hat - und bestimmt nicht so, dass sie die Bedürfnisse der Bürger befriedigen würde.
Schlussendlich und am wenigsten wichtig in diesem Schema ist die **Umwelt**. Kopenhagen hat wieder einmal bewiesen, dass dieser am wenigsten wichtige Kreis der Ort bleibt, von dem wir unsere Rohmaterialien, inklusive Öl, Erdgas und Kohle, nehmen und in dem wir unsere Abfälle deponieren.

Vorschläge

Die Herausforderung für das WSF und für alle diejenigen, die – bewusst oder unbewusst – das gleiche Ziel verfolgen, ist, **die Ordnung dieser Kreise oder Kugeln umzukehren**, so dass die Umwelt als das angesehen wird, was sie ist: die Voraussetzung für die Möglichkeit der kontinuierlichen Existenz der Menschen und der Zivilisation. Wir müssen die Einschränkungen, welche uns der Planet auferlegt, akzeptieren, denn wir können sie nicht ignorieren und gleichzeitig erwarten, zu überleben.

Als zweites kommt die Gesellschaft: Sie muss demokratisch organisiert werden und zwar so, dass die Grundbedürfnisse von Allen anerkannt und befriedigt werden. Die logische Konsequenz davon ist, dass der öffentliche Dienst ausgebaut werden muss; es muss mehr Beschäftigung und weniger Ungleichheit geben. Die Wirtschaft muss so organisiert werden, dass die Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden. Es muss viel mehr kooperative Unternehmen geben. Der Markt bleibt ein wichtiges Instrument und funktioniert nach den traditionellen Kräften von Angebot und Nachfrage. Denn Märkte können effizient sein und Innovation fördern, solange sie reguliert sind. Zentrale Planung à la soviétique ist unnötig. Doch gezielte Staatsausgaben werden dafür eingesetzt, die Entwicklung von bestimmten, vor allem von grünen Industriezweigen und Wirtschaftsaktivitäten zu fördern. Der Finanzsektor schlussendlich muss ein Instrument sein, das der Wirtschaft zur Verfügung steht, und nicht ihr Meister.

Das ist grob gesagt der Rahmen, den – wie ich glaube – das WSF anstreben sollte. Ich habe viele konkrete Vorschläge, die ich darlegen könnte:

- Eine wenigstens teilweise vorgenommene Nationalisierung und **Sozialisierung aller Banken**, die öffentliche Gelder bekommen. Sie sollten gezwungen werden, Kredite zu Beschaffungskosten an kleine und mittlere soziale und „grüne" Unternehmen zu vergeben, um die Umstellung zu einer Wirtschaft der erneuerbaren Energie und der kooperativen Verwaltung zu beschleunigen.
- **Grüne Infrastrukturprojekte**, die keynesianischen Regeln befolgen und Arbeitsplätze schaffen, finanziert durch spezielle Anleiheemissionen. [In Europa würde das heissen, dass man das Wesen der Europäischen Zentralbank ändern müsste.]
- Die Debatte über **Einkommensbeschränkungen** beginnen. Wenn der am wenigsten Verdienende 100 Euro bekommt, was soll dann der am meisten Verdienende bekommen? 500, 1000, 10'000 Euro? Es gibt unzählige Studien über die Armen, jedoch nicht über die Reichen.
- Internationale Kampagnen zum Thema „**Steuerparadiese**". Auch über internationale Besteuerung, inklusive Steuern auf Finanztransaktionen aller Art. Die Profite von Finanztransaktionen sollten zumindest teilweise für Massnahmen zur Begrenzung des Klimawandels in armen Ländern verwendet werden. Dann muss man Reichen die Steuern wieder auferlegen, die der Neoliberalismus abgeschafft hat. Mit diesen Einnahmen kann man dann die öffentlichen Aufgaben finanzieren.
- Ein internationales Buchhaltungssystem, welches **Verrechnungspreistricks** aufdeckt und dadurch diese ausschliesst und ebenfalls die Repatriierung des Kapitals von transnationalen Kapitalgesellschaften verunmöglicht.
- Wiederinstandsetzung [oder in Europa: Einführung] von Glass-Steagall-artigen Gesetzen, d.h. Trennung von **Bankenfunktionen**. Die Kredite müüsen als öffentliches Gut ansehen und unter strenge Regeln gestellt werden. Wiedereinführung von den verschiedenen Regulierungsmassnahmen, die in den letzten 10 bis15 Jahren abgeschafft wurden – vor allem auf den Rohstoffmärkten.
- **Schuldentilgung** bei Wiederaufforstung und Erhaltung der Biosphären in den ärmsten Staaten (LDC -Staaten).

Das einzig Gute, was bei Kopenhagen herauskam, war die Zementierung der Partnerschaft zwischen den sozialen Bewegungen und den Umweltaktivisten. Alle scheinen nun endlich zu verstehen, dass sie nicht alleine gewinnen können. Das WSF muss daran arbeiten, diese Allianz zu stärken und zu vertiefen und muss versuchen, die **Friedensorganisationen** in diese Allianz miteinbeziehen. Unsere Regierungen werden nichts tun, außer wenn wir sie dazu zwingen.

Ich glaube weiterhin, dass das WSF einen jährlichen Aktionstag in jedem Land anstreben sollte. Er sollte dasselbe Ausmaß wie die Anti-Irakkrieg-Demos am 15. Februar 2003 annehmen. Wir brauchen ein allgemeines, weit gefasstes Thema mit einem einfachen und verständlichen Slogan (zum Beispiel Arbeit, Klima, Gerechtigkeit…) und viele Ideen aus der ganzen Welt, die zu originellen, fernsehfreundlichen Aktionen aufrufen, welche jeder mit einem Minimum an Material machen kann. Alle Journalisten, die ich treffe, sagen als Erstes, dass die Bewegung tot sei. Nun, sie ist nicht sichtbar und wir haben 2009 vielleicht eine gewaltige Chance verpasst. Ich möchte daran glauben, dass 2010 besser sein kann, fokussierter, kräftiger, zielgerichteter, und dass wir anfangen, etwas zu ändern.

Susan George ist Mitglied des Transnational Institute(TNI), Präsidentin des TNI-Ausschusses und Ehrenpräsidentin von ATTAC-Frankreich.

http://www.tni.org/article/ten-years-later-challenges-and-proposals-another-possible-world

(1) Glass-Steagall Act** ist die Bezeichnung zweier Bundesgesetze der Vereinigten Staaten. Das erste Gesetz wurde am 27. Februar 1932 von Präsident Herbert C. Hoover erlassen und diente der Eindämmung der Deflation während der Großen Depression. Das bedeutendere zweite Gesetz wurde am 16. Juni 1933 von Präsident Franklin D. Roosevelt erlassen, um **die Geschäftsaktivitäten der Banken, die Kundengelder verwalteten und derjenigen, die im Investmentgeschäft aktiv waren, zu trennen. Die Abschaffung dieses Gesetzes unter der ehemaligen Regierung von Bill Clinton wird heute mitverantwortlich gemacht für die Kredit- und Finanzkrise. (SiG-Red.)

Harald Neuber

Auf eigenen Füßen

Die Staaten Lateinamerikas lösen sich aus der Abhängigkeit von den Industriestaaten des Nordens. Ihre Losung: Eine bessere Welt ist möglich

November 2009

Am Ende wurde der Staatsgipfel zum Volksfest. Rund 35000 Menschen waren am 17. Oktober 2009 zum Ende des Treffens der Bolivarischen Allianz für Amerika (Alba) in das Stadion von Cochabamba geströmt. Zwei Tage lang hatten Vertreter der neun Alba-Mitgliedsstaaten in dieser viertgrößten Stadt Boliviens über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beraten. Das Volksfest mit Kulturprogramm zum Abschluss hatte eine starke symbolische Wirkung. "*Bei Staatstreffen in Europa oder den USA müssen sich die Präsidenten hinter Zäunen und Mauern verschanzen*", sagte Jaime Menéndez vom bolivianischen Gewerkschaftsdachverband CSUTCB. In Lateinamerika aber sei ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit entstanden.

Daran hat die Bolivarische Allianz einen maßgeblichen Anteil. Die Initiative für dieses alternative Staatenbündnis hatten Ende 2004 Venezuela und Kuba ergriffen. Schon der kurze Name vermittelt eine zentrale politische Botschaft: Die Alba wurde als Gegenkonzept zur US-dominierten gesamtamerikanischen Freihandelszone Alca entwickelt. Während von dem Washingtoner Vorhaben einer neoliberalen Handelsallianz "von Alaska bis ins argentinische Feuerland", wie sie der ehemalige US-Präsident William Clinton vorhersagte, heute keine Rede mehr ist, gewinnt der südamerikanische Kontrahent an Einfluss. Denn während die USA - und auch die Europäische Union - um jeweilige Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern der Region ringen, gehören der Alba heute schon neun lateinamerikanische und karibische Staaten an.

Rat der sozialen Bewegung

Grund für den Erfolg ist nicht nur die Suche der Bolivarischen Allianz nach Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftssystem. Der wachsende Einfluss liegt auch in der engen Zusammenarbeit des Staatenbundes mit Nichtregierungsorganisationen begründet. Parallel zu den staatlichen Strukturen wurde zuletzt ein Rat der sozialen Bewegungen mit beratender Funktion ins Leben gerufen. Der Zusammenschluss wird bis Mitte kommenden Jahres von der bolivianischen CSUTCB geleitet, dann übernimmt eine andere Organisation die Führung. Die Kooperation mit sozialen Organisationen ist nicht erstaunlich, denn mehrere der linksgerichteten Präsidenten der Region kommen selbst aus diesen Basisbewegungen. Boliviens Präsident und Gastgeber Evo Morales in Cochabamba betonte die "klare anti-imperialistische Linie", der Alba folge. Gemeinsam kämpfe man "für die Einheit der Region und gegen die ungezügelte Ausbeutung der Bodenschätze", die vor dem Zugriff der Industriestaaten und der transnationalen Konzerne geschützt werden müssten.

Die Vertreter der Alba-Staaten weisen auch auf die gemeinsamen Interessen der Gewerkschaften hin. Am Rande der UNO-Generalversammlung in New York traf sich Venezuelas Präsident Hugo Chávez Ende September mit Vertretern lokaler Arbeitnehmerorganisationen. Das Ziel müsse eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften aus den USA und Lateinamerika sein, so Chávez, der ironisch hinzufügte: "Ich hoffe, die CIA klagt uns jetzt nicht wegen der Schaffung terroristischer Zellen an."

Fünf Jahre nach ihrer Gründung sei die Alba "eine wirtschaftliche, politische und soziale Allianz", heißt es in der Abschlusserklärung von Cochabamba. Gemeinsam folge man dem Motto: "Eine bessere Welt ist möglich." Auf der Basis des gemeinschaftlichen Handelns wolle man zum solidarischen Miteinander der Staaten des Südens beitragen, heißt es in der Präambel, der eine kämpferische Erklärung folgt. Der Kapitalismus "und der Imperialismus als seine höchste Stufe" stellten heute eine ernsthafte Bedrohung der menschlichen Existenz dar. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise sei von den Industriestaaten des Nordens verursacht, an den Folgen aber leide vor allem der Süden. Mit Verweis auf die UNO-Krisenkonferenz im Juni dieses Jahres bekräftigen die Alba-Staaten zudem "die Notwendigkeit einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung".

Weil Papier bekanntlich geduldig ist, haben die linksorientierten Staaten Lateinamerikas in den vergangenen Jahren den Aufbau eines solchen Systems in Angriff genommen. Mitte dieses Jahres gründeten Venezuela und Kuba ein gemeinsames Staatsunternehmen zur Modernisierung der Häfen. Der Konzern Puertos del Alba verfügt über ein Startkapital von knapp einer Milliarde Euro. 51 Prozent hält Hauptgeldgeber Venezuela, 49 Prozent die kubanische Hafengesellschaft Asport. Zudem bewilligte die venezolanische Regierung knapp 47 Millionen Euro für den Ausbau des regionalen Telekommunikationsnetzes. Teil des Projektes ist die Verlegung eines Tiefsee-Glasfaserkabels nach Kuba. Eine eigene Entwicklungsbank der Bolivarischen Allianz sichert die Projekte mit rund 670 Millionen Euro Einlageguthaben ab.

Losgelöst von der Weltbank

Das ambitionierteste Projekt aber geht über die Alba-Staaten hinaus. Nach einer mehrjährigen Planungsphase haben sieben Staaten Südamerikas Ende September ein eigenes, multistaatliches Kreditinstitut gegründet. Die Bank des Südens (Banco del Sur) soll die Loslösung der südamerikanischen Staatengemeinschaft von den globalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (IWF) begünstigen. Die Gründer der Bank des Südens reagieren damit auf die zunehmende Bindung von Krediten dieser Institutionen an politische Bedingungen.
Das Projekt war 2006 vom venezolanischen Staatschef Chávez und dessen damaligen argentinischen Amtskollegen Néstor Kirchner ins Leben gerufen worden. 2007 schlossen sich Ecuador und die Regionalmacht Brasilien dem Vorhaben an, später kamen Bolivien, Paraguay und Uruguay hinzu. Die Bank des Südens ist bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung erfolgreicher als erhofft. Das Einlagekapital beläuft sich auf 20 Milliarden US-Dollar. Ursprünglich war von sieben Milliarden die Rede.
Die Bank des Südens sei ein "historischer Schritt", sagte der ecuadorianische Präsident und Ökonom Rafael Correa. Mit einer eigenen Entwicklungsbank werde man keine Kredite mehr bei IWF und Weltbank aufnehmen müssen. Nach Angaben von Ecuadors Außenminister Fander Falconi soll die Banco del Sur helfen, den nationalen Entwicklungsplan seiner Regierung umzusetzen. Auch Venezuelas Wirtschafts- und Finanzminister Ali Rodríguez Araque zeigte sich zuversichtlich. Die regionale Zusammenarbeit finde vor allem in drei Bereichen statt: in der Energiepolitik, beim Ausbau der Infrastruktur - und eben in der Finanzbranche. Nach Angaben des venezolanischen Ministers müssen bis Jahresende die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten die Gründungsakte ratifizieren. Die Banco del Sur soll zum 1. Januar 2010 ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen.

Die Bolivarische Allianz für Amerika (Alba) und die "Bank des Südens"

Entstanden ist die Bolivarische Allianz für Amerika (Alba) Ende 2004 in Havanna und Caracas. Venezuelas Staatschef Hugo Chávez und sein damaliger kubanischer Amtskollege Fidel Castro gründeten das Bündnis seinerzeit als Gegenmodell zu den US-Freihandelsplänen. Die links regierten Staaten der Region wollen gemeinsam Strategien entwickeln, um die historische Abhängigkeit von den Industriestaaten abzuschütteln.
Die Bolivarische Allianz beruft sich auf einen der Anführer der Befreiungsarmeen, General Simón Bolívar (1783 - 1830).
Die Alba ist heute die zentrale Organisation der neuen amerikanischen Linken. Neun Länder gehören ihr an: Bolivien, Ecuador, Honduras, Kuba, Nicaragua und Venezuela sowie die karibischen Kleinstaaten Antigua, St. Vincent und Dominica.
Die parallel entstandene Bank des Südens ("Banco del Sur") vereint zusätzlich zu Bolivien, Ecuador und Venezuela sogar die Regionalmacht Brasilien, das ebenfalls wirtschaftsmächtige Argentinien sowie Paraguay und Uruguay.
Binnen weniger Jahre ist so ein neuer Machtblock entstanden. Nicht mehr die Linke ist isoliert, wie das sozialistische Kuba noch in den 1990er Jahren. Es sind heute die USA und Europa, die vor den Toren des neuen Lateinamerikas stehen und um Zugang zu den Märkten bitten. Ihre Regeln aber gelten dort nicht mehr.

http://publik.verdi.de/2009/ausgabe201311/gesell/zuku/seite-16/A0



Maurizio Coppola, attac Schweiz

Das Andere Davos

Widerstand zeichnet Konturen einer anderen Welt

„*Die Globalisierungskritik findet heute nicht mehr auf der Strasse statt, sie fährt in der gepanzerten Limousine vor.*“ So betitelt die Zürcher Zeitung Tagesanzeiger einen Artikel zur Eröffnung des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. Damit sollte darauf hingewiesen werden, dass die Kritik und die Vorschläge, welche die globalisierungskritische Bewegung vor zehn Jahren formulierte, heute am WEF selbst artikuliert würden. Beispielhaft dafür sei die Forderung nach einer Tobin Tax – eine Steuer auf spekulative Finanztransaktionen, mit der die Bewegung attac bekannt wurde – die in jüngster Zeit von Regierungsverantwortlichen wie A. Merkel, G. Brown oder N. Sarkozy aufgenommen wird. Und es ist nicht ein Zufall, dass gerade Sarkozy in Davos die Eröffnungsrede gehalten hat. Denn seit dem Ausbruch der Krise tritt der französische Präsident gerne in den Medien auf, um mit rhetorischen Floskeln die Moralisierung des Kapitalismus zu propagieren; eine exzellente Marketingstrategie, um die Jagd auf die MigrantInnen und die Repression gegen die sich mobilisierenden Lohnabhängigen zu kaschieren. Mit Globalisierungskritik hat dies wenig zu tun.

Globalisierungskritik von unten

Neben einer Demonstration am 30. Januar in Basel, welche um die 500 Menschen versammelte, fand am 29. und 30. Januar an der Universität Basel die Gegenveranstaltung zum WEF statt, die 10. Ausgabe des *Anderen Davos*.

600 BesucherInnen haben während den zwei Tagen an Konferenzen und Workshops die multiplen Krisen des neoliberalen Kapitalismus debattiert. Dabei kamen neben VertreterInnen der Wissenschaft (C. Wichterich, U. Mäder, G. Achcar u.v.m) vorwiegend Menschen zu Wort, die nicht die Möglichkeit haben, mit dem Hubschrauber vom Flughafen Zürich nach Davos zu gelangen, die jedoch tagtäglich Kämpfe gegen die tödlichen Eigeninteressen einer äusserst kleinen Minderheit der Weltbevölkerung und gegen die Globalisierung des Kapitals führen.

Widerstand zeichnet Konturen einer anderen Welt lautete dann auch der Titel des Anderen Davos. So verlangte z.B. Franco Cavalli, Mitglied der Exekutive der internationalen Vereinigung gegen Krebs, die Verstaatlichung der Pharmaindustrie, die mit ihrer weltweiten Lobbyarbeit den Zugang zur Gesundheitsversorgung einer breiten Bevölkerungsschicht verweigert. Claudia Nogueira, Vertreterin des autonomen Bildungszentrums der Landlosenbewegung in Brasilien (mst), zeigte auf, wie es Frauenkämpfen gelungen ist, sich private Ländereien multinationaler Unternehmen wieder anzueignen. Und Ricardo Antunes, Soziologe aus Brasilien, hinterfragte die alten Strukturen der politischen Arbeit. Dominieren heute noch hierarchische Beziehungen zwischen Partei, Gewerkschaft und sozialen Bewegungen, schlägt er für die Zukunft der Widerstände eine Umkehrung dieser Hierarchie vor und setzte soziale und gewerkschaftliche Mobilisierungen ins Zentrum seiner Überlegungen.

Wie weiter?

An solchen Erfahrungen und Analysen muss die globalisierungskritische Bewegung anknüpfen. Denn ihre Zukunft hängt von der Fähigkeit ab, die politischen Herausforderungen der imperialistischen Kriege, der ökologischen und sozialen Krise etc. offen anzugehen und somit von den Widerständen zu Alternativen überzugehen. Dabei ist es notwendig, sich die theoretischen Fundamente der grundlegenden Kritik des Kapitalismus anzueignen, deren Erneuerung natürlich im Lichte der neusten Erfahrungen sowie der Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus unumgänglich ist. Die 10. Ausgabe des Anderen Davos stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

Feministische Kommission von Attac Schweiz

Landesweite Frauendemo am Samstag, den 13. März in Bern (Schweiz)

Treffpunkt um 13 Uhr 30 Schützenmatte

Wir rufen auf zum Kampf gegen Frauenarmut!

Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen: Frauen verdienen bis zu 20% weniger als Männer. Dies entspricht bei einem Durchschnittslohn von 4.000 CHF bei gleicher Arbeit ungefähr 800.- CHF pro Monat. Genau dieser Betrag fehlt häufig am Ende des Monats bei Menschen, die in prekären Verhältnissen arbeiten, um die Krankenversicherung für die Familie zu zahlen oder die Steuern zu entrichten. Keinerlei staatliche Beihilfe könnte diese elementare Ungerechtigkeit ausgleichen.

Für einen Mindestlohn von 3.500 CHF pro Monat: Die Löhne gehen zurück und einige Unternehmen zahlen so niedrige Löhne, dass diese nicht einmal ausreichen, eine Familie zu ernähren, selbst wenn man Überstunden leistet. Ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn auf nationaler Ebene ist eine wirksame Methode, um Armut und Lohndruck zu bekämpfen. Die Frauen wären die ersten, die davon profitieren könnten.

Wir rufen zum Kampf gegen Gewalt an Frauen auf!

Wir rufen zu einer einheitlichen Anwendung der Strafgesetze gegen Gewalt in der Ehe auf!

Es wurden bereits Fortschritte bei der Bestrafung von Gewalt in der Ehe erzielt. Diese geht nicht mehr straffrei aus. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Doch diese Gesetze (wiederholte Tätlichkeiten, einfache Körperverletzung und Drohungen sind nun ein Offizialdelikt, das von Amtes wegen verfolgt wird), sowie das Wegweisungsgesetz (Täter werden aus der Wohnung verwiesen) müssen in der gesamten Schweiz und über alle Instanzen hinweg, auf die gleiche Weise angewendet werden.

Wir verteidigen das Recht auf Eigenständigkeit für die Frauen!

Beibehaltung der Kostenübernahme für Abtreibung in der Grundversicherung der Krankenkasse

Die rechte und rechtsradikale Szene wollen die Kostenübernahme für eine Abtreibung durch die Krankenkasse unterbinden. Das ist ein erster Versuch, das Recht auf Abtreibung in Frage zu stellen. Die Frauen müssen sich energisch gegen diesen archaischen Angriff wehren.

EU-Politik gegenüber Athen: unsozial und ineffektiv

12. Februar 2010

Am gestrigen Donnerstag hat die EU Krisenmaßnahmen gegenüber dem hoch verschuldeten Griechenland beschlossen. Um die versprochene Unterstützung zu erhalten, sollen die Hellenen radikal sparen. Fehler der europäischen Wirtschaftspolitik standen nicht zur Debatte.
Die politischen Maßnahmen der Europäischen Union gegenüber Griechenland sind ineffektiv und ungerecht. Die in Aussicht gestellten Kredite zu überhöhten Zinsen sind für ein hoch verschuldetes Land wie Griechenland keine echte Option. Allein in diesem Jahr benötigt Griechenland als Ausgleich für auslaufende Anleihen neue Kredite in Höhe von mehr als 50 Milliarden Euro. Ohne solidarische Unterstützung aus der EU wird die enorme Zinslast in Folge der Abwertung durch die Rating-Agenturen den griechischen Staatshaushalt erdrücken. Wieder einmal werden die Kosten allein auf die Bevölkerung abgewälzt.
Ohne Änderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU sind die Ungleichgewichte im Euro-Raum aber nicht zu bewältigen. Bei den Überschuss-Ländern, die für das Defizit in Griechenland maßgeblich mitverantwortlich sind (allen voran Deutschland), liegt eine besondere Verantwortung. Die Überschüsse in der Handelsbilanz von Deutschland werden mit Hilfe einer Dumpinglohn-Politik auch auf Kosten Griechenlands erwirtschaftet. Solche Ungleichgewichte können nur von zwei Seiten her ausbalanciert werden. Dafür muss Deutschland seine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen der EU drastisch ändern und beispielsweise einen hohen Mindestlohn einführen.

Die EU benötigt dringend eine koordinierte Wirtschaftspolitik und soziale Konvergenz, denn ohne kann eine gemeinsame Währung nicht funktionieren. Das monetaristische Dogma der EU führt dazu, dass soziale Unterschiede und ökonomische Ungleichgewichte verfestigt oder sogar verschärft werden.
Die auferlegten radikalen Sparmaßnahmen werden dagegen die Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Armut in Griechenland nur weiter verschärfen und durch die wegbrechende Nachfrage die griechische Volkswirtschaft weiter schwächen. Es ist richtig, dass Schattenwirtschaft und Korruption ein großes Problem in Griechenland sind. Die Sparpläne der griechischen Regierung würden sie aber noch verstärken und zu einer Verarmung des öffentlichen Sektors führen.

Geradezu fatal ist der Plan der EU, den Internationalen Währungsfonds IWF einzubeziehen. Ausgerechnet jene Institution, die mit ihren radikal-neoliberalen Forderungen schon so viele Länder in ökonomischen Notsituationen ausgequetscht hat wie Zitronen, soll nun Griechenland helfen. Nicht umsonst zahlen jene Länder, denen es möglich ist, ihre IWF-Kredite frühzeitig zurück, um den Zwang zu einer unsozialen, ökonomisch falschen und ökologisch ignoranten Politik loszuwerden.
http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

ver.di prangert falsche EU-Politik gegenüber Griechenland an

16.02.2010
Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) warnt davor, Griechenland durch zu starre Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts vollends in den Ruin zu treiben. „Mit Griechenland droht jetzt ein Staat und seine Bevölkerung zu Opfern des blinden Wütens der Finanzmärkte zu werden", kritisierte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Für Griechenland sei es zuletzt immer schwieriger und teurer geworden, Staatsanleihen aufzulegen. Mit dafür verantwortlich ist nach Einschätzung von Finanzmarktexperten eine exzessive Spekulation gegen das Land. Ausgerechnet die Spekulation mit Kreditausfallversicherungen (CDS – credit default swaps) bringt das Land an den Rand des Ruins – genau die Instrumente, die der Finanzmarkt-Guru Warren Buffett schon vor fast zehn Jahren als „finanzielle Massenvernichtungswaffen" bezeichnet hat.

„Erst kaufen die Staaten die Zocker frei und treiben dafür ihre Schulden in die Höhe. Jetzt spekulieren die Freigekauften gegen die Staaten. Statt die wüsten Spekulationen mit den gefährlichen Finanzinstrumenten wirksam zu unterbinden, verwendet die EU-Kommission deren Treiben als Brechstange, um drakonische, letztlich aber wirkungslose Maßnahmen zur Stabilisierung der Staatsfinanzen durchzusetzen", so Bsirske. Zwar habe es Griechenland in der Vergangenheit mit wirtschaftlichen Kennziffern wohl nicht so genau genommen, das sei aber kein Grund, das Land für die gegenwärtige Situation alleine verantwortlich zu machen. „Rauf mit dem Rentenalter, runter mit Löhnen und Gehältern, Kürzungen im Gesundheitswesen – mit einer solchen Schockstrategie würgt man die Konjunktur ab und versucht, die Auswirkungen von Krise und Spekulation den Beschäftigten und sozial Schwachen dauerhaft aufzubürden."

Was heute in Griechenland passiere, könne leicht auf andere EU-Länder übergreifen und schließlich auch in Deutschland Schule machen. Die EU und insbesondere die Euroländer müssten den Finanzspekulanten das Handwerk legen. Überfällig sei zudem eine koordinierte beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik, die auch sozialen Ausgleich zum Ziel hat, sowie ein Ende des gegenseitigen EU-Steuerdumpings. **„Wir sind an der Seite der griechischen Beschäftigten, wenn sie sich am 24. Februar gegen die aufgezwungenen Maßnahmen und die Eingriffe in ihre Tarifverträge wehren"**, erklärte Bsirske.

http://presse.verdi.de/pressemitteilungen/showNews?id=18e8f388-1adc-11df-5af5-0019b9e321e1)

Weitere Berichte und Analysen über Griechenland
http://www.labournet.de/internationales/gr/index.html
http://www.jungewelt.de/2010/02-11/056.php?sstr=griechenland|generalstreik
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Griechenland/Welcome.html
http://www.france.attac.org/spip.php?article10795

Für ein freies und souveränes Haiti !

Internationale Petition von Jubileo Sur und über 100 Organisationen aus der ganzen Welt, u.a. Attac Argentinien, Attac Deutschland, Attac Frankreich, Attac Marokko, Attac Spanien, CADTM, Via Campesina

Gerichtet an die Regierungen und Organisationen, die sich in Montreal wegen der Katastrophe in Haiti versammelt haben 26. Januar

Die jüngste Tragödie in Haiti hat wegen ihrer zerstörerischen Kraft, ihrer ökologischen und sozialen Folgen und vor allem wegen des Verlustes an Menschenleben die Völker der ganzen Welt erschüttert.
Leider sind Naturkatastrophen nichts Neues für dieses in der Karibik liegende Land, wie die Hurrikans Hanna und Ike aus dem Jahr 2008 es belegen.

Es ist auch nicht neu, dass die internationale Gemeinschaft Haiti Versprechungen über Zusammenarbeit und Hilfe macht. Wir, soziale Organisationen und Bewegungen, haben die Sorge, dass die internationale Antwort eventuell nicht auf der Basis der Achtung vor der Souveränität des Volkes von Haiti und in voller Übereinstimmung mit dessen Erfordernissen und Bitten erfolgen könnte.

Es ist an der Zeit, dass die Regierungen, die an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) teilnehmen, die Vereinten Nationen und vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich, ihre bislang in Haiti verfolgte falsche Politik grundlegend überprüfen.

Die Verwundbarkeit des Landes durch Naturkatastrophen - die zum großen Teil durch die Verwüstung der Umwelt, das Fehlen grundlegender Infrastruktureinrichtungen sowie die geringe Fähigkeit des Staates zu sozialer Maßnahmen verursacht wurde - hängt auch mit der Politik zusammen, die in der Vergangenheit die Souveränität des Volkes und seines Landes untergraben hat. Diese Politik hat eine historische, soziale, ökologische und kulturelle Schuld angehäuft, wofür zu großen Teilen diesen Ländern und Institutionen die Verantwortung aufgebürdet werden muss. Es ist dringend erforderlich, diese Schuld gegenüber dem Volk von Haiti zu begleichen, noch viel dringender jetzt angesichts der Lage, der es gegenüber steht.

In diesem Sinn **lehnen wir die Militarisierung des Landes** als unangemessene Antwort auf die jüngste Katastrophe **ab** und kritisieren die einseitige Maßnahme der Vereinigten Staaten, mehr als 10.000 Soldaten zu entsenden, um ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen durchzusetzen. Die Besetzung der letzten sechs Jahre durch ausländische Streitkräfte über den Umweg der MINUSTAH hat weder zur Stabilisierung noch zum Aufbau einer Infrastruktur oder zweckdienlicher öffentlicher Dienste wirklich beigetragen. Nichts weist darauf hin, dass ein Festhalten an dieser Politik ein wirksames Mittel für die Zukunft sein könnte.

Wir fordern von den Regierungen und internationalen Organisationen **die sofortige und bedingungslose Annullierung der Auslandsschulden Haitis**, deren Bedienung Millionen von Menschenleben belastet. Wir fordern ebenfalls, dass die für die Hilfe und den Wiederaufbau vorgesehenen Mittel nicht zu einer neuen Verschuldung führen. Wir fordern weiterhin, dass an der Hilfe keine **Bedingungen** oder andere Restriktionen verknüpft werden, die nichts mit ihr zu tun haben und die deren Zielsetzung beeinträchtigen würden, eine Praxis, die für internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID), den Weltwährungsfonds (IWF) sowie für die so genannten "Geberländer" üblich geworden ist. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass die privaten **multinationalen Unternehmen** diese Tragödie dazu nutzen, um unter dem Mantel des Wiederaufbaus des Landes goldene Geschäfte zu machen, wie es im Irak passiert ist, oder dass sie die billigen Arbeitskräfte ausnutzen und die Naturschätze ausbeuten. Die Gesellschaft Haitis, ihre Organisationen, ihre sozialen Bewegungen und ihre staatlichen Vertreter müssen an erster Stelle die internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau ihres Landes leiten.
Sie müssen die ersten sein, denen man zuhören und die man hören sollte, sie müssen die abschließende und **souveräne Kontrolle über die Entscheidungen behalten, die ihr Schicksal betreffen**.

Das Volk von Haiti ist immer wieder aufgestanden, dank einer Willenskraft und einer beispielhaften Einstellung, die es zu dem ersten freien Volk Amerikas gemacht haben. Jede Zusammenarbeit kann nur dann wirksam sein, wenn sie dieses Engagement zur Kenntnis nimmt und auf die Beteiligung der gesamten Bevölkerung zählt.

Wir bleiben wachsam und verfolgen die Ereignisse in einem ständigen Dialog mit den Organisationen und Partnern in Haiti, um dafür zu sorgen, dass die internationale Zusammenarbeit auf solidarischer Grundlage erfolgt und um zu vermeiden, dass die Fehler der früher verfolgten Politik sich nicht wiederholen.
Für ein freies und souveränes Haiti !

Bitte senden Sie Ihre Unterschrift an
jubileo@wamani.apc.org
Liste der Unterzeichner:
http://www.cadtm.org/To-the-governments-and
http://www.cadtm.org/A-l-attention-des-gouvernements-et

Übersetzung: coorditrad (Jürgen Janz) /SiG-Redaktion

Brief von haitianischen Organisationen und Bündnissen

Haiti: welche Perspektiven nach der Katastrophe?

Port-au-Prince, den 27. Januar 2010

An unsere Partner

Am 12. Januar 2010 hat ein ungewöhnlich heftiges Erdbeben unser Land erschüttert, mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung im ganzen Land, und insbesondere für mehrere Gemeinden der Departements West und Südost. Das Beben der Stärke 7,3 auf der Richterskala hat unersetzliche Verluste gefordert und unser Land in tiefe Trauer und unerträgliches Leid gestürzt. Das Drama, das uns heute trifft, ist zweifellos eines der schlimmsten unserer Geschichte, dessen unauslöschliche Narben für Haiti im 21. Jahrhundert prägend sein werden.

In den bisher veröffentlichten Teilbilanzen wird versucht, eine schreckliche und unsägliche Wirklichkeit in Worte zu fassen und mithin jenes Entsetzen, das wir während dieser schier endlosen 35 Sekunden gemeinsam erlebt haben, die uns am 12.Januar einen übergroßen Tribut an Schmerzen und Tränen abverlangt haben. Mehr als 150 000 Tote, 500 000 Verletzte, über eine Million Obdachlose, Zehntausende von Amputierten, mehr als 300 000 aufs Land geflüchtete Menschen, mehr als 3 Millionen verheerend Geschädigte, die allesamt mitansehen mussten, wie sich in einer Minute ihr Leben, das Leben ihrer Familie und ihre Gesellschaft für immer verändert haben. Eine ganze Gesellschaft wurde traumatisiert und lebt nunmehr in beständiger Furcht vor möglichen Nachbeben oder einem weiteren Erdbeben.

Dieses Ereignis hat unsere Organisationen zutiefst erschüttert. Wir haben Angehörige verloren, Arbeitskollegen, Kinder, Jugendliche, Fachleute mit vielversprechenden Zukunftsplänen und Kenntnissen, Arbeitsräume, Material, Werkzeuge und eine umfangreiche Dokumentation, die aus mehr als 30 Jahren kollektiver Erfahrung mit den Organisationen und Basisgemeinschaften hervorgegangen ist. Die Verluste sind enorm und unersetzlich.

Trotz des Leids, das jede und jeder von uns erfährt, müssen wir über das nachdenken, was uns widerfahren ist, und aus dieser tragischen Erfahrung die Lehren und Erkenntnisse ziehen, die uns in die Lage versetzen, unsere Arbeit unermüdlich fortzusetzen, **um ein anderes Land aufzubauen**, ein Land, das fähig ist, den Zusammenbruch und die Abhängigkeit zu überwinden und den von seinen Gründern und dem gesamten Volk Haitis gehegten Traum einer umfassenden Emanzipation gerecht zu werden.

Das Ausmaß der Katastrophe hängt nicht zuletzt mit dem **Zustand unseres Staates** zusammen, Ergebnis einer kolonialistischen und neokolonialistischen Geschichte und der im Laufe der vergangenen 3 Jahrzehnte aufgezwungenen neoliberalen Politik. Ein entscheidender Faktor ist zweifellos die von der amerikanischen **Besatzung** von 1915 beschlossene **Hyperzentralisierung** um eine „Republik Port-au-Prince". Zudem hat die vollständige **Liberalisierung** des privaten Immobilienmarkts der **ungezügelten Spekulation von Freibeutern** jeder Couleur Tür und Tor geöffnet.

Wir sind tief bewegt von der **außerordentlichen Solidarität der Bevölkerung der hauptstadtnahen Regionen**, die es in den ersten drei Tagen nach der Katastrophe vermocht hat, in eigener Regie 450 Flüchtlingscamps zu bauen; die mitgeholfen hat, Tausende von Verschütteten zu retten; und die bereit war, die verfügbaren Ressourcen (Lebensmittel, Wasser, Kleidung) zu teilen und damit das Überleben von 1,5 Millionen Menschen zu ermöglichen. Unsere Hochachtung und unser Respekt gelten der Bevölkerung von Port-au-Prince! Formen der spontanen Solidarität wie diese müssen beim Wiederaufbau und bei der Neugestaltung des nationalen Raums eine wesentliche Rolle spielen.

Wir wenden uns mit diesem Schreiben an unsere Partner und an die einzelnen nationalen und internationalen Netzwerke, an denen wir beteiligt sind, um sie von **unseren bisherigen Maßnahmen** und unseren kurz-, mittel- und langfristigen Zielen zu unterrichten.
Seit mehr als einer Woche kommt eine **Gruppe von Organisationen und Bündnissen** regelmäßig zusammen, um die neue Situation anzugehen und dafür neue Strategien und Arbeitsweisen zu entwickeln. Nach mehreren Treffen zur Analyse der neuen Lage und zur Festlegung gemeinsamer Strategien haben wir, die Verantwortlichen der unterzeichnenden Organisationen und Bündnissen, **uns auf folgende Orientierungspunkte geeinigt:**

- die Sicherung der wesentlichen Errungenschaften der haitianischen Sozial- und Volksbewegung, die nun mit der neuen Situation bedroht werden;
- den Aufbau der Soforthilfe für die Bevölkerung durch die Einrichtung gemeinschaftlicher Krisenzentren, um dem Bedarf in folgenden Bereichen gerecht zu werden: Ernährung, medizinische Grundversorgung, ärztliche und psychologische Betreuung bei erdbebenbedingten Traumata;
- vom Interesse der Massenmedien an unserem Land profitieren, um ein anderes als das von den imperialistischen Kräften vermittelte Bild zu verbreiten,
- das Fördern neuer Handlungsweisen, um die Zersplitterung und die Verzettelung zu überwinden, die zu den größten Schwachpunkten unserer Organisationen zählen.

Dieser **Annäherungsprozess** muss mit der Strukturierung eines gemeinsamen Raumes beginnen, in dem unsere 6 Teams vorläufig angesiedelt sind, die wohl weiterhin selbständig tätig sein sollen, gleichzeitig jedoch darauf hinarbeiten sollen, **ständige Strukturen** für den gegenseitigen Austausch und die gemeinsame Arbeit zu schaffen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für unsere Probleme und beim Aufbau einer echten und tragfähigen demokratischen Alternative ein gemeinsamer Kurs eingeschlagen wird.

Was die Notsituation angeht, sind wir dabei, in den Stadtvierteln **Krisenhilfezentren** einzurichten. Eines dieser Zentren ist in der von der Organisation SAJ/VEYE YO (Solidarität Ant Jèn) geleiteten Volksschule in der Avenue Poupelard Nr. 59 untergebracht und steht bereits voll im Einsatz. Es betreut fast 300 Personen, die täglich zwei Mahlzeiten erhalten und Schutz in Zelten finden. Das Zentrum bietet zudem ärztliche Hilfe, Medikamente und individuelle psychologische Betreuung an. Diese Leistungen können auch von Menschen in Anspruch genommen werden, die sich in den in der Zone spontan eingerichteten Flüchtlingslagern befinden. Das Zentrum funktioniert dank der Unterstützung eines Teams ehrenamtlich tätiger haitianischer Fachkräfte (Ärzte, Krankenpfleger_innen, Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen), die von deutschen Ärzten der Katastrophenschutzorganisation Cap Anamur unterstützt werden. Wir versuchen, ähnliche Zentren auch in weiteren vom Erdbeben stark betroffenen

Stadtvierteln einzurichten, in denen kein entsprechendes Versorgungsangebot besteht. In den Vierteln von Carrefour (Martissant, Fontamara) und Gressier werden vier Krisenhilfezentren entstehen. Wir rechnen mit der Solidarität unserer Partner, damit die Zentren wirkungsvoll arbeiten können.

Parallel dazu haben unsere beiden Bündnisse und die vier beteiligten Organisationen in einem Raum von FIDES-Haiti (Impasse Gabriel Nr. 6 – Rue Fernand au Canapé Vert) eine **Begegnungs- und Koordinierungsstelle** eingerichtet. Dieser Raum steht weiteren Bündnissen und Organisationen der demokratischen Volksbewegung zur Verfügung. Wir verpflichten uns, die einzelnen Strömungen dieser Bewegung zu mobilisieren, um die Soforthilfe für die Überlebenden auszubauen und auf die Ausarbeitung gemeinsamen Grundlinien für den Wiederaufbau unserer Institutionen und Organisationen hinzuarbeiten. Diesen Plan und die zugehörigen konkreten Projekte werden wir unseren Partnern schon bald vorstellen.

Die Katastrophenhilfe, an der wir mitwirken, versteht sich als **alternative Katastrophenhilfe**; wir beabsichtigen, auf die herkömmlichen Praktiken der humanitären Hilfe aufmerksam zu machen und sie zu kritisieren, da sie die Würde der Opfer missachten und Teil des Prozesses sind, der unsere Abhängigkeit weiter vergrößert. Wir fordern eine angemessene humanitäre Hilfe, die unsere Kultur und unsere Umwelt achtet, die solidarwirtschaftlichen Strukturen nicht zerstört, die seit mehreren Jahrzehnten von den Basisorganisationen aufgebaut worden sind und mit denen wir zusammenarbeiten.

Schließlich möchten wir noch einmal die außerordentliche Großzügigkeit würdigen, mit der die **Weltöffentlichkeit** auf die Katastrophe in unserem Lande reagiert hat. Wir sind dafür sehr dankbar und glauben, dass es an der Zeit ist, **unser Land aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten**, der es gestattet, eine echte Solidarität aufzubauen, die frei von paternalistischen Reflexen der Bemitleidung und Überheblichkeit ist. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass diese nachdrückliche Bereitschaft zur Solidarität - ungeachtet der reißerischen Presseberichterstattung - erhalten bleibt. Die Antwort auf die Krise zeigt, dass die Völker der Welt in manchen Situationen einer von Stereotypen und Sensationshascherei geleiteten oberflächlichen Lesart sehr wohl entsagen können. Angesichts des Ausmaßes der Katastrophe ist die massive humanitäre Hilfe heute unerlässlich. Allerdings muss sie die bestehenden Strukturen respektieren und mit einer anderen Vorstellung des Wiederaufbaus verzahnt werden. Sie muss mit den Paradigmen brechen, die für die traditionellen Kanäle der internationalen Hilfe bestimmend sind. Wir wünschen uns, dass **internationale Solidaritätsbrigaden** entstehen, die gemeinsam mit unseren Organisationen **für die Verwirklichung einer Landreform und einer integrierten städtischen Bodenreform** kämpfen, **gegen das Analphabetentum** zu Felde ziehen und sich **für die Wiederaufforstung** und für die Schaffung eines neuen, universellen, dezentralisierten und modernen **Bildungs- und Gesundheitswesens** einsetzen.

Wir können unseren Zorn und unsere Entrüstung nicht verhehlen angesichts der **Instrumentalisierung der haitianischen Krise**, die als Vorwand herhalten muss, um eine weitere **Invasion** durch 20 000 amerikanischen Marinesoldaten zu rechtfertigen. Wir verurteilen diesen Akt, der sich zu einer weiteren Besetzung durch US-amerikanische Truppen ausweiten könnte, die die dritte ihrer Art in der Geschichte Haitis wäre. Die Invasion ist ganz offensichtlich **Teil der Strategie zur Remilitarisierung des Karibikraums**, mit der der US-amerikanische Imperialismus auf den wachsenden Widerstand der Völker des Kontinents gegen die neoliberale Globalisierung reagiert. Sie ist auch Teil einer Strategie zur präventiven Bekämpfung der eventuellen aufständischen Ausbrüche eines vom Elend erdrückten und verzweifelnden Volkes. Wir verurteilen das Vorgehen der amerikanischen Regierung und die militärische Reaktion auf eine tragische humanitäre Krise. Die Kontrolle des Flughafens Toussaint Louverture und weiterer strategischer Infrastrukturen des Landes durch das amerikanische Militär hatte zur Folge, dass dem haitianischen Volk ein Teil der Hilfslieferungen der Karibischen Gemeinschaft CARICOM, Venezuelas und mancher Länder Europas vorenthalten wurde. Wir verurteilen dieses Vorgehen und **lehnen nachdrücklich ab, dass aus unserem Land eine neue Militärbasis wird**.

Wir, die Verantwortlichen der Organisationen und Bündnisse, die diese Schritte eingeleitet haben, übermitteln euch mit diesem Brief eine erste Analyse der Situation. Wir sind davon überzeugt, dass Ihr - wie Ihr es bereits bewiesen habt - unsere Arbeit und unsere Anstrengungen auch weiterhin begleiten werdet beim Aufbau einer nationalen Alternative, die die Quelle für die Neubelebung unseres Landes bilden wird, das von einer schrecklichen Katastrophe heimgesucht wurde und dafür kämpft, sich vom Teufelskreis der Abhängigkeit zu befreien.

Für den Koordinierungsausschuss:
Sony Estéus, Leiter der Haitianischen Gesellschaft für soziale Programme und Kommunikation SAKS,
Camille Chalmers, Geschäftsführender Leiter des Haitianischen Bündnisses für Alternative Entwicklung PAPDA,
Marie Carmelle Fils-Aimé, Programmleiterin am ICKL

Für die an dieser Initiative teilnehmenden Organisationen und Bündnisse:
Marc Arthur Fils-Aimé, Kulturinstitut Karl Léveque (ICKL), Maxime J. Rony, Alternatives Programm für Gerechtigkeit (PAJ), Sony Estéus, Haitianische Gesellschaft für soziale Programme und Kommunikation (SAKS), Chenet Jean Baptiste, Institut für Technologie und Animation (ITECA), Antonal Mortimé, Bündnis der Haitianischen Menschenrechts-Organisationen (POHDH), die sich zusammensetzt aus: Gerechtigkeit und Frieden (JILAP), Zentrum für soziale Forschung und Ausbildung für Entwicklung (CRESFED), Rechtshilfegruppe (GAJ), Kulturinstitut Karl Léveque (ICKL), Programm für eine Gerechtigkeitsalternative (PAJ), Sant Karl Lévèque (SKL), Nationales Netzwerk zur Verteidigung der Menschenrechte (RNDDH), Haitianische Konferenz der Ordensleute (CORAL-CHR)

Camille Chalmers, Haitianisches Bündnis für Alternative Entwicklung (PAPDA) umschließt: Institut für Technologie und Animation (ITECA), Solidarität Fanm Ayisyèn (SOFA), Forschungszentrum Aktionen für die Entwicklung (CRAD), Mouvaman Inite Ti Peyizan Latibonit (MITPA), Kulturinstitut Karl Léveque (ICKL), Nationale Vereinigung der haitianischen Agrarfachkräfte (ANDAH)

http://www.cadtm.org/Haiti-quelles-perspectives-apres
Übersetzung: coorditrad (Angelika Gross, Christiane Saatzen)

PAPDA: http://www.papda.org/
Haiti- Seite von attac De http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/detailansicht/datum/2010/02/04/erklaerung-unterschrieben/?no_cache=1&cHash=f343d62626
http://www.ila-web.de/artikel/Haiti_Dossier/haiti_dossier012010.htm
http://www.medico.de/themen/nothilfe/dokumente/hilfe-fuer-die-opfer-des-erdbebens-in-haiti/3727/
Die Rekolonisierung Haitis - Wie der Westen die durch das Erdbeben ausgelöste Katastrophe nutzt, um in dem Karibikstaat die Kontrolle zu übernehmen, http://www.imi-online.de/2010.php?id=2075

Sophie Perchellet, Eric Toussaint (CADTM)

Haiti: jenseits der Hilfszusagen

19. Januar 2010

Eine der größten Hilfsaktionen der Geschichte läuft Gefahr, genauso zu verlaufen wie jene nach dem Tsunami von 2004, es sei denn, dem Wiederaufbau wird ein radikal anderes Modell zu Grunde gelegt. Das Erdbeben der Stärke 7 hat Haiti teilweise zerstört. Alle sind zu Tränen gerührt, und die Medien überschütten uns gleichzeitig mit apokalyptischen Bildern und Ankündigungen von Hilfsgeldern, die großzügige Staaten bereitstellen wollen. Wir vernehmen, dass Haiti wiederaufgebaut werden muss, dieses Land, über das Armut und „Unheil" hereingebrochen sind. Heute steht Haiti also im Brennpunkt des Interesses. Die Kommentare bleiben auf das schreckliche Erdbeben beschränkt. Eilfertig wird daran erinnert, dass es sich um eines der ärmsten Länder der Erde handelt, ohne uns jedoch die Gründe dafür zu erläutern. Wir werden im Glauben gelassen, die Armut sei einfach so gekommen, als sei sie eine unüberwindbare Tatsache, ein Fluch.
Es steht außer Zweifel, dass die von dieser erneuten Naturkatastrophe hervorgerufenen materiellen Schäden und das menschliche Leid ebenso beträchtlich wie unvorhergesehen sind. Katastrophenhilfe ist daher notwendig, und alle sind sich in diesem Punkt einig. Der Ursprung für Armut und Elend liegt aber nicht in diesem Erdbeben. Das Land muss wiederaufgebaut werden, denn es ist von den Mitteln für einen eigenständigen Wiederaufbau enteignet worden. Haiti ist kein freies Land und nicht einmal souverän. Im Laufe der letzten Jahre sind die innenpolitischen Entscheidungen von einer Regierung getroffen worden, die unter dem ständigen Druck externer Befehle und den Manövern der lokalen Eliten steht.

Gewöhnlich wird Haiti in ein schlechtes Licht gestellt und oft als ein Land geschildert, in dem Gewalt, Armut und Repression vorherrschen. Selten erinnert ein Kommentar an die Unabhängigkeit von 1804, die der französischen Armee unter Napoleon in einem hartem Kampf abgerungen wurde. Anstatt die Handlung dieser Menschen und ihren Einsatz für die Menschenrechte hervorzuheben, werden die Haitianer mit Merkmalen wie Barbarei und Gewalt in Verbindung gebracht. Edouardo Galeano spricht vom „weißen Fluch": „ An der Grenze, wo die Dominikanische Republik endet und Haiti anfängt, steht auf einem großformatigen Plakat die Warnung: El mal paso - Der schlimme Grenzübergang. Auf der anderen Seite ist die schwarze Hölle. Blut und Hunger, Elend, Seuchen |1|."

Es ist unerläßlich, auf den vom haitianischen Volk geführten Befreiungskampf zurückzukommen, denn als Vergeltungsmaßnahme für die doppelte Revolution gegen Sklaverei und Kolonialisierung hat das Land von Frankreich die „Freikaufsumme für ihre Unabhängigkeit" in Höhe von 150 Millionen Gold-Francs geerbt (was dem Jahresbudget des damaligen Frankreichs entsprach). 1825 beschließt Frankreich, dass „die gegenwärtigen Einwohner des französischen Teils von Saint Domingue zur Entschädigung der ehemaligen Kolonialherren die Summe von 150 Millionen Francs in fünf jährlichen Raten, erstmals fällig am 31. Dezember 1825, an die französische Staatskasse bezahlen werden. |2|"
Das entspricht heute ungefähr 21 Milliarden Dollar. Von Anfang an muss Haiti den Höchstpreis zahlen. Die Schulden werden zum neokolonialistischen Instrument, um sich den Zugang zu den vielfältigen Naturressourcen des Landes zu erhalten.
Die Bezahlung dieser Freikaufsumme legt also den Grundstein für den haitianischen Staat und mündet in der Aufnahme **illegitimer Schulden**. Juristisch sind damit Schulden gemeint, die von einer Gewaltherrschaft eingegangen und gegen die Interessen der Bevölkerungen verwendet wurden. Frankreich und später die Vereinigten Staaten, deren von der amerikanischen Marine seit 1915 besetzten Einflusszone sich bis nach Haiti ausdehnt, sind dafür voll verantwortlich. Obwohl es 2004 möglich gewesen wäre, sich den schmerzhaften Verantwortlichkeiten aus der Vergangenheit zu stellen, zieht es der Bericht der Kommission Régis Debray |3| vor, den Gedanken an eine Wiedererstattung dieser Summe mit dem Vorwand beiseite zu schieben, sie entbehre einer „Rechtsgrundlage" und würde eine „Pandora-Büchse" öffnen. Die von der amtierenden haitianischen Regierung eingereichten Klagen werden von Frankreich verworfen: unhaltbare Reparationsansprüche. Auch seine Rolle bei dem schändlichen Geschenk, das dem exilierten Diktator „Baby Doc" Duvalier mit der Anerkennung des Status eines politischen Flüchtling und damit der Immunität gemacht wurde, erkennt Frankreich nicht an.

Die Herrschaft der Duvalier beginnt 1957 mit Hilfe der Vereinigten Staaten: sie hält bis 1986 an, bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Sohn von „Baby Doc" durch einen Volksaufstand gestürzt wird. Die von den westlichen Ländern breit unterstützte Gewaltherrschaft hat fast 30 Jahre lang gewütet. Sie ist von einem sprunghaft ansteigenden Schuldenberg gekennzeichnet. Zwischen 1957 und 1986 ist die Auslandsverschuldung um das 17,5 fache gewachsen. Zum Zeitpunkt der Flucht Duvaliers entsprach dies 750 Millionen Dollar. Das Wechselspiel von Zinsen und Strafzinsen schaukelt sie schließlich auf mehr als 1 884 Millionen Dollar hinauf |4|. Weit davon entfernt der verarmten Bevölkerung zu dienen, war diese Verschuldung dazu bestimmt, das **eingesetzte Regierungssystem** zu bereichern: es handelt sich also ebenfalls um **Diktatorenschulden**. Eine vor kurzem durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass das persönliche Vermögen der Familie Duvalier (auf Konten westlicher Banken gut geschützt) 900 Millionen Dollar beträgt. Die Summe ist also größer als die Gesamtschuld des Landes zum Zeitpunkt der Flucht von „Baby Doc". Ein Prozess um die Rückgabe der unrechtmäßig erworbenen Guthaben und Güter aus der Diktatur Duvalier an den haitianischen Staat ist bei der schweizerischen Justiz im Gang. Diese Guthaben sind zur Zeit bei der schweizerischen Bank UBS eingefroren, die unannehmbare Bedingungen hinsichtlich der Wiedererstattung dieser Gelder vorbringt |5|.
Jean-Bertrand Aristide wurde zunächst mit überwältigender Mehrheit von der Bevölkerung gewählt, dann der Korruption bezichtigt, anschließend als Washingtons Marionette wieder an die Macht gebracht und zuletzt von der amerikanischen Armee erneut vertrieben. Er ist unglücklicherweise nicht unschuldig, was die Verschuldung und die Unterschlagung von Geldern betrifft. Im Übrigen hat laut Weltbank der Schuldendienst (zurückgezahltes Kapital plus bezahlte Zinsen) zwischen 1995 und 2001 die beträchtliche Summe von 321 Millionen Dollar erreicht.

Jede nach dem Erdbeben gegenwärtig angekündigte Finanzhilfe geht in die Rückzahlung der Schulden!

Den neuesten Schätzungen zufolge halten

die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) mehr als 80% von Haitis Auslandsverschuldung. Die Weltbank hingegen hält 38.8 Millionen Dollar Schulden. Unter ihrer Leitung führt die Regierung „Strukturanpassungspläne“, die in „Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung“ (PRSP) umbenannt werden, durch. Im Tausch gegen die Gewährung weitere Darlehen werden Haiti einige Schuldenstreichungen oder -entlastungen zugestanden, die an sich unbedeutend sind, die Gläubiger aber in einem wohlmeinenden Licht erscheinen lassen. Die Initiative „Hochverschuldete Arme Länder“ (HIPC), in die Haiti aufgenommen worden ist, ist ein typisches Geldwäschemanöver für illegitime Schulden, wie es der Fall der Demokratischen Republik Kongo gezeigt hat |6|. Die Diktatorenschulden werden durch frische, sozusagen legitime Anleihen ersetzt. Nach Auffassung des CADTM sind diese neuen Anleihen Teil der illegitimen Schulden, da sie dazu verwendet werden, diese früheren Schulden zu tilgen. Die Straftat geht weiter.

Als der IWF, die Weltbank und der Klub von Paris sich 2006 mit der Ausdehnung der HIPC-Initiative auf Haiti einverstanden erklärten, hatte die öffentliche Auslandsverschuldung eine Höhe von 1.337 Millionen Dollar erreicht. Im Juni 2009 betrug die Verschuldung 1.884 Millionen. Um die „Schulden erträglich zu machen“, wurde eine Schuldenstreichung in Höhe von 1.200 Millionen Dollar beschlossen. In der Zwischenzeit haben die Strukturanpassungspläne verheerende Schäden vor allem im Bereich der Landwirtschaft angerichtet. Die Auswirkungen erreichten während der Lebensmittelkrise von 2008 ihren Höhepunkt. Die bäuerliche Landwirtschaft von Haiti wurde den Dumpingpreisen der amerikanischen Landwirtschaftsprodukte ausgesetzt. *„Die von Washington, den Vereinten Nationen, dem IWF und der Weltbank unterstützte makroökonomische Politik befasst sich nicht im Geringsten mit der Notwendigkeit einer Entwicklung und eines Schutzes des Binnenmarktes. Die einzige Sorge dieser Politik gilt den niedrigen Produktionskosten für die Ausfuhr auf den Weltmarkt.“* |7|. Es ist also ein Skandal, den IWF sagen zu hören, dass *„er sich bereit hält, seine Rolle zu spielen, indem er in seinen Zuständigkeitsbereichen eine geeignete Unterstützung gewährt“* |8|.
Wie es im letzten internationalen Aufruf heißt, *„ruft uns Haiti zur Solidarität und zum Respekt der Volkssouveränität auf: Im Lauf der letzten Jahre und an der Seite zahlreicher haitianischer Organisationen haben wir die Besetzung des Landes durch die Truppen der Vereinten Nationen und die Auswirkungen der erzwungenen Beherrschung durch die Mechanismen von Schulden, Freihandel, Plünderung der natürlichen Ressourcen und die Durchsetzung multinationaler Interessen gebrandmarkt. Die Anfälligkeit des Landes für Naturkastastrophen – größtenteils in Folge von Schäden an der Natur, den nicht vorhandenen, grundlegenden Infrastrukturen und der geschwächten Handlungsfähigkeit des Staates – muss in Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen, die in der Vergangenheit die Souveränität des Volkes untergraben haben, gesehen werden.“*
„Es ist an der Zeit, daß die der MINUSTAH und den Vereinten Nationen angehörenden Regierungen, vor allem Frankreich, die Vereinigten Staaten sowie die lateinamerikanischen Regierungen ihre Politik überdenken, die gegen die grundlegenden Bedürfnisse der haitianischen Bevölkerung gerichtet ist. Wir fordern diese Regierungen und internationalen Organisationen auf, die militärische Besetzung durch eine echte Solidaritätsmission zu ersetzen und im Sinne einer sofortigen Streichung der Schuld zu handeln, die Haiti ihnen immer noch zurückzahlt.“ |9|

Unabhängig von der Schuldenfrage ist zu befürchten, dass die Hilfe dieselbe Form annimmt wie jene, die dem Tsunami folgte, von dem Ende Dezember 2004 mehrere Länder Asiens (Sri Lanka, Indonesien, Indien, Bangladesh) |10| überrascht worden waren, oder jene nach dem Zyklon Jeanne, der 2004 Haiti getroffen hatte. Die Versprechen wurden nicht gehalten, und ein Großteil der Gelder diente der Bereicherung ausländischer Handelsgesellschaften oder der lokalen Oberschicht. Die „großzügigen Spenden“ kommen mehrheitlich von Gläubigern des Landes. **Statt Spenden wäre eine Streichung der Schulden Haitis vorzuziehen: vollständig, bedingungslos und sofort**. Kann man wirklich von Spende sprechen, wenn man weiß, dass dieses Geld hauptsächlich dazu dienen wird, entweder die Auslandsschuld zurückzuzahlen oder „Projekte zur nationalen Entwicklung“ durchzuführen, die im Interesse derselben Gläubiger und lokalen Eliten beschlossen werden? Es liegt auf der Hand, daß ohne diese Spenden an eine Rückzahlung der Schulden, von denen mindestens die Hälfte illegitime Schulden sind, im Augenblick nicht zu denken ist. Die großen internationalen Konferenzen, sei es G8 oder G20 unter Einbeziehung der internationalen Finanzinstitutionen (IFI), werden die Entwicklung von Haiti keinesfalls weiterbringen, sondern bauen die Instrumente wieder neu auf, die ihnen dazu dienen, die neokolonialistische Kontrolle über das Land zu behalten. Wie bei den letzten Schuldenentlastungsinitiativen wird es darum gehen, die Fortsetzung der Schuldenzahlungen als Basis für die weitere Unterdrückung sicherzustellen.
Damit sich Haiti aber in Würde aufbauen kann, ist die nationale Souveränität eine grundlegende Voraussetzung. Eine gänzliche und bedingungslose Streichung der von Haiti abverlangten Schulden muss also der erste Schritt zu einer allgemeineren Vorgehensweise sein. Ein neues Entwicklungsmodell, das eine Alternative zur Politik der IFI und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (im Dezember 2009 unterzeichnetes EPA, Hope II-Abkommen …) darstellt, ist notwendig und dringend. Die hochindustrialisierten Länder, die Haiti systematisch ausgebeutet haben, angefangen bei Frankreich und den Vereinigten Staaten, müssen **Reparationszahlungen** an einen Finanzierungsfonds zum Wiederaufbau leisten, der von haitianischen Volksorganisationen kontrolliert wird.

Anmerkungen
|1| http://www.cadtm.org/Haiti-au-dela-des-effets-d-annonce
|2| http://www.haitijustice.com/jsite/images/stories/files/pdfs/Ordonnance_de_Charles_X_de_1825.pdf
|3| http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/rapport_haiti.pdf
|4| http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2009/cr09288.pdf (Seite 43)
|5| http://www.cadtm.org/Le-CADTM-exige-que-la-restitution
|6| Siehe die Online-Broschüre CADTM, Für eine Revision der kongolesischen Schulden, Lüttich, 2007: http://www.cadtm.org/spip.php?page=imprimer&id_article=2599
|7| Siehe http://www.cadtm.org/Haiti-Le-gouvernement-mene-une
|8| http://www.liberation.fr/monde/0101613508-haiti-l-aide-internationale-se-mobilise-apres-le-seisme Die an die Darlehen an Haiti gebundenen Bedingungen des IWF stehen in direkter Verbindung mit dem Konsens von Washington: Z.B. Erhöhung der Elektrizitätspreise und Ablehnung von Gehaltserhöhungen für Beamte im öffentlichen Dienst.
|9| http://www.cadtm.org/Haiti-nous-appelle-a-la-solidarite
|10| Siehe Damien Millet und Eric Toussaint, Les Tsunamis de la dette (Die Tsunamis der Schulden), Koedition CADTM-Syllepse, Lüttich-Paris, 2005.
http://www.cadtm.org/Haiti-au-dela-des-effets-d-annonce
Übersetzung: coorditrad (Angelika Gross, Annette Heiss) / SiG-Redaktion

Die Haitianische Revolution

Der einzige erfolgreiche Sklavenaufstand in der Weltgeschichte

*Das Elend nach dem Erdbeben in Haiti hat eine lange Vorgeschichte von Aufständen und imperialistischen Aggressionen. Im „**Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus“ (Argument-Verlag),** einer wahren Fundgrube historischen und polit-ökonomischen Wissens, haben wir den folgenden Überblick über die komplizierten, sich überlagernden Widersprüche in der Geschichte Haitis gefunden. Die Haitianische Revolution ist eine Herausforderung für eine eurozentrische Geschichtsschreibung*

Unter den Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts ist die Revolution in der französischen Kolonie Saint Domingue einzigartig. Sie begann 1791 mit einem Sklavenaufstand und führte nach Jahren blutiger Auseinandersetzungen 1804 zur Gründung von Haiti, dem ersten unabhängigen schwarzen Staat in der westlichen Hemisphäre und dem zweiten unabhängigen Staat in Amerika.

Als der einzige erfolgreiche Sklavenaufstand in der Weltgeschichte ist die Haitianische Revolution von überragendem Interesse. Im Unterschied zu den Revolutionen in den spanischen und englischen Kolonien erzielte sie nicht nur politische Unabhängigkeit, sondern auch eine fundamentale soziale Revolution, die die komplexen und oft widersprüchlichen Beziehungen zwischen Klassenantagonismen und Antagonismen, die auf ›Rasse‹ und Ethnizität zurückgehen, ins Zentrum politischen Geschehens rückte. In den Ereignissen der HR werden daher in einzigartiger Weise sowohl die potenzielle Reichweite universalistischen Emanzipationsdenkens als auch dessen faktische Grenzen und theoretische Widersprüche sichtbar.

Im Gegensatz zur Französischen oder auch US-amerikanischen Revolution hatte die Haitianische Revolution jedoch wenig unmittelbaren Einfluss auf die heterogenen Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jh. Wo Haiti überhaupt Erwähnung fand, wurde es häufig beschworen als ›Gespenst‹ und als Gefahr, der es unter allen Umständen vorzubeugen galt: nicht Vorbild für Emanzipationsbewegungen, sondern Perversion der Idee der Befreiung.

Eine kritische Beschäftigung mit dieser relativ wenig bekannten und beachteten Revolution kann daher nicht ohne Reflexion auf das gegenseitige Bedingungsverhältnis von Geschichte und Geschichtsschreibung auskommen.

1. Die Ereignisse

Die revolutionäre Periode in St. Domingue lässt sich nur im Kontext von vier sich überlappenden Konflikten verstehen:

- die lokalen und internationalen Konflikte um den Sklavenhandel und die Sklaverei,
- die Konflikte zwischen den Sklaven und den freien Mulatten in St. Domingue,
- die Französische Revolution und
- die Konkurrenz zwischen den imperialen Mächten, insbesondere England und Frankreich.

Als die Französische Revolution 1789 ausbrach, war St. Domingue die ertragreichste Kolonie in der westlichen Hemisphäre. Ein großer Teil des Reichtums der atlantischen Hafenstädte stammte von den Zuckerplantagen in den westindischen Kolonien. Der Handel Frankreichs mit den Kolonien betrug 600 Millionen Franc, und zwei Drittel davon stammten aus dem Handel mit St. Domingue (der Handel Englands mit seinen Kolonien betrug 450 Millionen). Zwischen 1764 und 1791 wuchs die Sklavenbevölkerung in St. Domingue von 206 auf 480 Tsd., während die Zuckerproduktion um ca. 30 % anstieg. Die Gesellschaft in der Kolonie war tief gespalten: auf der einen Seite stand die weiße Bevölkerung (ca. 8% der Gesamtbevölkerung 1791), gespalten in grands blancs (hauptsächlich Plantagenbesitzer) und petits blancs (Kleinhändler, Handwerker, etc.), die meist in den Städten lebten; auf der anderen Seite die Sklaven (ca. 87 %), die in ihrer großen Mehrzahl auf den Plantagen arbeiteten; dazwischen die affranchis, d.h. die Mulatten und einige wenige befreite Sklaven rein afrikanischer Herkunft.

Der Hebel, der die koloniale Gesellschaft aus den Angeln hob, war die Frage der affranchis: obwohl die freien Mulatten, die häufig selbst Plantagenbesitzer und auch Sklavenhalter waren (nach einigen Rechnungen gehörte ihnen ein Drittel des bewirtschafteten Landes), nur einen kleinen Teil der Bevölkerung darstellten, zeigten sich an ihnen die de facto geltenden Beschränkungen des revolutionären Universalitätsanspruches und die ungelösten Fragen in Bezug auf das Verhältnis von ›Rasse‹, Hautfarbe und sozialer Klasse.

Als 1789 die Generalstände in Paris einberufen wurden, hatte St. Domingue 31 Delegierte geschickt. Der abolitionistische Club Amis des Noirs, dem daran gelegen war, den Einfluss der Sklavenhalter einzuschränken, argumentierte mit Erfolg, dass die Delegierten keineswegs die freie und versklavte ›farbige‹ Bevölkerung repräsentierten und dass St. Domingue daher nur sechs Abgeordnete zustünden.
Nach dem Fall der Bastille und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im August 1789 ergriffen die Mulatten jedoch selbst das Wort und verlangten das volle Bürgerrecht: Sklaven könne es schon geben, aber nicht zwei Klassen von freien Bürgern auf der Grundlage der Hautfarbe. Grands blancs in der Versammlung manövrierten jedoch so, dass die Gleichstellung der Mulatten nie endgültig entschieden wurde.

In den karibischen Kolonien, wo es schon vorher fast zum Bürgerkrieg zwischen royalistischen grands blancs und republikanischen petits blancs gekommen war, explodierte nun die Mulattenfrage. Im Oktober 1790 kommt Vincent OGÉ, ein Mulatte, der in Paris die fehlgeschlagenen Versuche der Gleichstellung von Mulatten geleitet hatte, nach St. Domingue zurück. Aus seinen Plänen macht er kein Geheimnis: er will die Gleichstellung erzwingen, sei es auch mit Waffengewalt. Gleichzeitig macht er klar, dass diese Gleichstellung nicht die Sklaven einbeziehen würde. Seine Taktik schlägt fehl. Die Verschwörer werden öffentlich gefoltert und auf dem Rad gebrochen. Als die Berichte von Ogés Tod in Paris ankommen, ergreifen die revolutionären Massen nun die Partei der Mulatten. In

St. Domingue selbst ist eine Eskalation des Konflikts ohnehin nicht mehr zu verhindern.

Obwohl die affranchis weiterhin eine Koalition mit den Sklaven ablehnten, führten die Konflikte zwischen Mulatten und Weißen nicht nur zu einer Schwächung der Position der Sklavenhalter, sondern zu einer Verbreitung revolutionären Gedankenguts unter den Sklaven. In Frankreich, so hieß es, haben sich die Sklaven ihrer Herren entledigt. Die synkretistische Vodu-Religion, in der sich Elemente afrikanischer und christlicher Herkunft gemischt hatten, wurde ein wichtiges Medium, in dem sich der neue Befreiungsbegriff und schließlich auch der Widerstand artikulierten.

1791 kommt es zum ersten großen Sklavenaufstand unter der Führung von BOUKMAN, einem Vodupriester.Die Sklavenhalter und Folterknechte des Ancien Régime haben eine Kultur der Grausamkeit in Szene gesetzt, die nun die Grundlage eines Krieges wird, in dem sich Aufständische und Machthaber an Brutalität überbieten. Der französische Kommissar und Jakobiner Léger-Félicité SONTHONAX verbündet sich mit den Mulatten gegen die weißen Royalisten mit dem Ziel, St. Domingue in einen republikanischen Außenposten zu verwandeln.

Zur gleichen Zeit übernimmt Toussaint LOUVERTURE, ein ehemaliger Sklave, der sich in seiner relativ privilegierten Position als Viehwart und Homöopath der Plantage ein gewisses Maß an Wissen angeeignet hatte, neben Kreolisch auch Französisch verstand und u.a. die Schriften des Abolitionisten Abbé RAYNAL gelesen hat, die Führung der Sklaven und beginnt, langsam, die Aufständischen in eine geordnete Armee umzuformen. Für LOUVERTURE gibt es nur eine Lösung: Freiheit für alle. Im Februar 1794, in der Zeit höchster revolutionärer Begeisterung in Paris, erklärt die Nationalversammlung Sklaverei für abgeschafft, und Louverture, der für einige Zeit auf der Seite der Spanier gegen Frankreich gekämpft hatte, geht zu den Franzosen über und steigt in den Rängen der Armee auf. Als loyaler französischer Offizier trägt er entscheidend dazu bei, dass der englische Versuch, sich der Kolonie zu bemächtigen, scheitert.

1799 bricht ein blutiger Bürgerkrieg zwischen Louvertures Fraktion und der Fraktion der Mulatten aus, der damit endet, dass Louverture die Mulatten unterwirft und deren Anführer RIGAUD nach Frankreich flieht. Aus Angst, dass das spanische Santo Domingo als Basis für eine Invasion von St. Domingue dienen könnte, besetzt Louverture den Ostteil der Insel und schafft auch dort die Sklaverei ab. Damit ist er auf dem Höhepunkt seiner Macht. Ohne vorher NAPOLEON zu konsultieren, erlässt er 1801 eine Verfassung für ganz Hispaniola, in der er Sklaverei und Rassendis kriminierung für illegal erklärt und sich selbst als General-Gouverneur auf Lebenszeit einsetzt. Eine Unabhängigkeitserklärung enthält die Verfassung allerdings nicht, vermutlich weil LOUVERTURE überzeugt ist, die Wiedereinführung der Sklaverei könne nur durch ein geschicktes Ausnutzen der Konflikte zwischen den europäischen Mächten verhindert werden und letztendlich sei das revolutionäre Frankreich der beste Garant der Freiheit.

Zwei Drittel der Weißen sind zu diesem Zeitpunkt entweder geflohen oder in den Kriegen und Bürgerkriegen getötet worden. Von den Mulatten und freien Schwarzen sind ein Viertel und von den fast 500 Tsd. schwarzen Sklaven ein Drittel umgekommen. Die Plantagen sind zerstört, marodierende Banden ziehen durch das Land. Louvertures Pläne für den Wiederaufbau der Plantagenwirtschaft scheitern jedoch an den Entwicklungen in Frankreich.

Nach ROBESPIERRES Fall wuchs der Einfluss reaktionärer Gruppen, unter ihnen die Plantagenbesitzer, und die Wiedereinführung der Sklaverei erschien als Möglichkeit am Horizont. NAPOLEON, der ohnehin wenig auf die ›goldbetressten Neger‹ gab, unternahm den Versuch, das westliche Reich zu konsolidieren, St. Domingue von LOUVERTURE zu befreien und Sklaverei wieder einzuführen.

Im Januar 1802 kamen die französischen Truppen unter der Leitung von Napoleons Schwiegersohn, General LECLERC, in St. Domingue an. LOUVERTURE ordnete eine Strategie der verbrannten Erde an: sobald französische Truppen auftauchten, zerstörten seine Soldaten Häuser, Felder, Nahrungsvorräte, und zogen sich dann ins Hinterland zurück. Den Franzosen gelang es zwar, Louverture gefangenzunehmen und ihn mit seiner Familie nach Frankreich zu deportieren, wo er nach kurzer Zeit im Gefängnis starb. Aber die Erfolge waren kurzlebig. LECLERC hatte einen Ausrottungskrieg geplant, und nach seinem Tod am grassierenden Gelbfieber führte sein Nachfolger Jean ROCHAMBEAU diesen Plan aus. Die aufständischen Schwarzen, nun unter der Führung von Jean-Jacques DESSALINES, zahlten mit gleicher Münze zurück.
Nach zwei Jahren Krieg ist St. Domingue ein Trümmerhaufen. Von den 35 Tsd. Soldaten, die NAPOLEON ausgesandt hat, kehren nur sieben Tsd. nach Frankreich zurück.

Am 1. Januar 1804 erklären die aufständischen Generäle die Unabhängigkeit von Frankreich und ersetzen den Name St. Domingue durch den amero-indianischen Namen Haiti (Land der Berge). Am 22. September 1804 lässt sich DESSALINES zum Kaiser von Haiti ernennen. Anfang 1805 befiehlt er, die Weißen, insbesondere die Franzosen, die sich noch im Land befinden, zu ermorden. Die ersten Verfassungen des neuen Staats untersagen nicht nur die Sklaverei, sondern auch jeden Landbesitz für Weiße; die Bürger des Landes, auch die eingebürgerten Deutschen und Kreolen, sind als schwarz definiert. Allen Menschen afrikanischer und indianischer Abstammung ist Freiheit garantiert, sobald sie haitianischen Boden betreten.

Im Laufe des 19. Jh. ist Haiti immer wieder von Bürgerkriegen, Aufständen und Staatsstreichen geschüttelt, was nicht nur auf die Quasi-Institutionalisierung einer Politik der Gewalt durch die Kolonialherrschaft zurückzuführen ist, sondern auch darauf, dass sich in den langen Jahren des Krieges und Bürgerkrieges eine militärische Führungsschicht aus den Rängen der ehemaligen schwarzen Sklaven gebildet hat, während die Mulatten und die ehemaligen affranchis weiterhin eine stark frankophile wirtschaftliche und soziale Elite darstellen. Die Spannungen, die sich daraus ergeben, werden insbesondere explosiv, weil die Revolution den Zusammenbruch der Plantagenwirtschaft und die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft mit sich gebracht und damit zu einer krassen Verarmung des Staates geführt hat. Die Masse der Bevölkerung hat bald erfahren, dass vom postkolonialen haitianischen Staat wenig zu erwarten ist.

2. Geschichte und Geschichtsschreibung.

Die Gründe für die relative Unbekanntheit der HR außerhalb der Karibik sind komplex, und es ist oft nicht möglich zu entscheiden, ob sie Ausdruck einer eurozentrischen, imperialistischen und/oder rassistischen Geschichtsschreibung ist, ob

sie auf eine strategische Unterdrückung von Information zurückzuführen ist, oder ob aufgrund einer theoretischen Unzulänglichkeit die Ereignisse in Haiti nicht adäquat erfasst werden können. Schon von den ersten Aufständen an waren die Ereignisse in St. Domingue einer Nachrichtenblockade unterworfen. In der gesamten Plantagenzone, von Baltimore bis Havanna und Bahia in Brasilien wurden Bestimmungen erlassen, die darauf abzielten zu verhindern, dass die örtlichen Sklaven von den Ereignissen erfuhren: die Einfuhr von Sklaven aus St. Domingue wurde verboten, und französischen Emigranten war es oft untersagt, von den Ereignissen zu berichten. Die Berichte, die trotz dieser Nachrichtensperre nach außen drangen, tendierten dazu, die Ereignisse herunterzuspielen und zu banalisieren (TROUILLOT 1995).
Dies bedeutet nicht, dass die Ereignisse völlig unbekannt blieben. Es gibt durchaus Zeugnisse, die zeigen, dass die Namen und Taten der haitischen Revolutionäre in Gerüchten, mündlich überlieferten Liedern und sogar Zeichnungen und Portraits im ›Schwarzen Atlantik‹ zirkulierten. In den politischen und kulturellen Bemühungen der weißen Kreolen jedoch wurden die Ereignisse meist verschwiegen. Die Angst vor einem Übergreifen der Revolution war verständlicherweise groß, besonders wenn man in Betracht zieht, dass die haitianische Befreiungsbewegung in gewissem Maße den transnationalen Charakter des Sklavenhandels und der sich langsam kristallisierenden Kultur des Schwarzen Atlantiks widerspiegelte.

Haitis Ausstrahlung

Der internationalistische Aspekt der revolutionären Bewegung gegen die Sklaverei (KOSSOK 2000; ZEUSKE 1991) war den Sklavenhaltern in der Plantagenzone durchaus nicht entgangen. Von 1805 an enthalten die
meisten haitianischen Verfassungen eine Bestimmung, derzufolge Haiti sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder enthalte. Auch Jahre nach dem Ende der Revolution änderte sich wenig an der Isolation des neuen Staates: Haiti war der einzige Staat, der nicht zur pan-amerikanischen Konferenz 1826 in Panama eingeladen war, und die USA verweigerten die diplomatische Anerkennung bis 1863. Die französische Anerkennung (1825) musste mit exorbitanten Reparationen erkauft werden, die die Insel für Jahrzehnte wirtschaftlich zurückwarf.
Die HR ist eine Herausforderung für eine eurozentrische Geschichtsschreibung. In einer ideologischen Tradition, die sich zu dem englischen Abolitionisten Clarkson zurückverfolgen lässt, ist das Problem der Sklaverei als soziales, moralisches oder religiöses Problem für Weiße behandelt worden. Ein Abolitionismus, der sich mit einer politischen Revolution verbindet (BLACKBURN 1988), passt schwerlich in ein Bild, das sich Schwarze nur als Empfänger weißer Wohltätigkeit vorstellen kann (es ist daher nicht weiter erstaunlich, dass etwa die englische Bewegung gegen die Sklaverei oft gleichzeitig für die Kolonisierung von Afrika agitierte) (…)

SIBYLLE FISCHER

Nachdruck mit der freundlichen Genehmigung des „Argument“-Verlages

Originaltext und BIBLIOGRAPHIE unter http://www.inkrit.org/hkwm/hkwm-index.htm

Unasur: Hilfe zur Selbsthilfe für Haiti

Staatenbündnis beschließt 300 Millionen US-Dollar Unterstützung. Achtung nationaler Souveränität gefordert

Von Johannes Schulten
Eine neue »Süd-Süd-Kooperation« mit Haiti forderten die zwölf Mitgliedsstaaten der Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) am Dienstag bei ihrem außerordentlichen Gipfel in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito. Insgesamt 300 Millionen US-Dollar (etwa 217 Millionen Euro) will das Integrationsbündnis dem Karibikstaat für die Bewältigung der Erdbebenkatastrophe vom 12. Januar zur Verfügung stellen. Der vereinbarte Hilfsfonds sieht zunächst Direktzahlungen in Höhe von 100 Millionen US-Dollar (etwa 72Millionen Euro) vor. Weitere 200 Millionen US-Dollar (etwa 145 Millionen Euro), die durch einen Langzeitkredit der Unasur-Staaten bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) mobilisiert werden, sollen später hinzukommen.

Die Präsidenten von Ecuador, Rafael Correa, Peru, Alan García, Kolumbien, Álvaro Uribe und Paraguay, Fernando Lugo, sowie Delegationen der übrigen Mitgliedsstaaten stellten zudem klar, daß alle Hilfe in Zusammenarbeit mit der Regierung von Haiti erfolgen werde. Damit distanzierten sie sich von dem »Krisenmanagement« westlicher Staaten. Gastgeber Rafael Correa fand in seiner Eröffnungsrede wenig Lob für die »Nord-Süd-Kooperation«, die die lokale Regierung vollkommen außer acht lasse. Er kündigte eine »neue Form der Süd-Süd-Kooperation« an, welche die nationale Souveränität Hatitis respektiere und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmische.

Der bolivianische Vizepräsident Àlvaro García Linera verurteilte in seiner Ansprache die massive Präsenz US-amerikanischen Militärs auf der Karibikinsel als »unnötig und gefährlich«. »Das große Problem von Haiti« bestehe darin, so García Linera weiter, daß die »staatlichen Strukturen« nahezu zusammengebrochen seien. Alle dort tätigen Länder und Nichtregierungsorganisationen könnten praktisch ohne Kontrolle agieren. Die Unasur-Staaten müßten dafür sorgen, die noch vorhandenen staatlichen Institutionen in die Hilfsmaßnahmen einzubeziehen, um so auch zu ihrem Wiederaufbau beizutragen.

Das dreizehn Punkte umfassende Abschlußdokument sieht daher eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen der Unasur und den haitianischen Behörden vor, die sich auf die Bereiche Infrastruktur und Verkehrswesen, Landwirtschaft und Gesundheit konzentrieren soll. Zudem wollen die südamerikanischen Staaten die Aufnahme von Flüchtlingen aus Haiti erleichtern.

Haitis Präsident René Preval, der als Gast teilnahm, zeigte sich mit den »greifbaren Ergebnissen« des Abkommens »überaus zufrieden«. Während des Gipfels hatte er zusätzliche Soforthilfen gefordert. Die Unterstützung sei zwar gut, so Preval, »aber wenn ich nach Haiti zurückkomme, werden dort eine Million Leute warten, die keine Zelte haben, um den Winter zu überstehen«.
http://www.jungewelt.de/2010/02-11/045.php?sstr=haiti

Amy Goodman

Howard Zinn

Ein Interview mit Chomsky, Klein, Arnove und Walker zum Gedenken an den legendären Historiker und Aktivisten

29.01.2010 — Democracy Now! / ZNet

Amy Goodman:

Der Historiker, Autor und Aktivist Howard Zinn starb am Mittwoch überraschend an einem Herzanfall. Er wurde 87 Jahre alt.

Im Zweiten Weltkrieg war Howard Zinn Bomberpilot. Nach dem Krieg war er, Zeit seines Lebens, Friedensaktivist und Dissident. Er engagierte sich in der Bürgerrechtsbewegung und beteiligte sich in den vergangenen 50 Jahren an vielen der anderen Kämpfe für soziale Gerechtigkeit.

Zinn dozierte mehrere Jahre am Spelman-College in Atlanta - einem historischen College für schwarze Frauen. Er wurde wegen Insubordination gefeuert, weil er sich für seine Studentinnen einsetzte. Während seiner Lehrtätigkeit am Spelman-College gehörte er dem Exekutivkomitee des SNCC (*Student Nonviolent Coordination Committee*) an. Nach seiner Entlassung wurde er Professor an der University of Boston.

1967 veröffentlichte er das Buch *'Vietnam: The Logic of Withdrawal'*. Es war das erste Buch über den Vietnamkrieg, das zu einem sofortigen, bedingungslosen Rückzug aus Vietnam aufrief. Ein Jahr später reiste er mit Pater Daniel Berrigan nach Vietnam, um die ersten drei amerikanischen Kriegsgefangenen heimzuholen, die von den Nordvietnamesen freigelassen wurden.

Daniel Ellsberg, der Enthüller der geheimen *'Pentagon Papers'*, zog Howard Zinn zu Rate, als er nach einem Versteck für seine Geheimunterlagen suchte, bis er sie an die Presse durchsickern lassen würde. Howard Zinn und seine Frau Rozlyn versteckten sie. 1980 veröffentlichte Howard Zinn ein Werk, das zum Klassiker werden sollte: *'A People's History of the United States' ('Eine Geschichte des amerikanischen Volkes'**). Es wurde mehr als eine Million mal verkauft. Es veränderte die Sicht der Amerikaner auf ihre Geschichte. Zinn/Arnove drehten darüber die Dokumentation *'Let The People Speak' (2009)***.

Zunächst möchte ich einen Ausschnitt aus einem Interview einblenden, das ich mit Howard Zinn im Jahre 2005 führte. Darin sprach er über seine Zeit als Bomberpilot im Zweiten Weltkrieg:

Howard Zinn:

Nun, wir dachten, mit den Bombeneinsätzen wäre es vorbei. Der Krieg näherte sich ja seinem Ende. Es war im April 1945. Erinnern wir uns: Der Krieg war Anfang Mai 1945 zu Ende. Einige Wochen, bevor der Krieg aus war - und alle wussten, dass er bald aus sein würde (unsere Armeen waren über Frankreich nach Deutschland vorgedrungen) -, lag in Royan noch ein kleines Kontingent deutscher Soldaten. Sie hingen dort herum - in dieser kleinen französischen Stadt an der Atlantikküste. Die Air Force beschloss, sie zu bombardieren. 1200 schwere Bomber - ich mitten unter ihnen - flogen über die kleine Stadt Royan und warfen Napalm ab. Es war der erste Napalm-Einsatz in Europa.

Wir wissen nicht, wie viele Menschen getötet oder schrecklich verbrannt wurden - durch das, was wir taten. Ich handelte, wie die meisten Soldaten, mechanisch, ohne nachzudenken. Ich dachte, wir stehen auf der richtigen Seite und sie auf der falschen. Deshalb können wir machen, was wir wollen, es ist okay. Erst danach, erst nach dem Krieg, als ich las, was John Hersey über Hiroshima schrieb oder die Geschichten der Überlebenden von Hiroshima, (als ich las), was sie durchlitten hatten, erst an diesem Punkt begann ich, über die humanitären Folgen der Bombardements nachzudenken. Erst da begann ich, darüber nachzudenken, was es für die Menschen am Boden bedeutet, wenn Bomben auf sie abgeworfen werden - denn ein Bomber fliegt in 30 000 Fuß Höhe, 4,5km hoch. Wir konnten die Schreie nicht hören, das Blut nicht sehen. Das ist moderne Kriegsführung. Moderne Kriegsführung bedeutet: Soldaten feuern, oder sie werfen Bomben ab, ohne eine Vorstellung - eine tatsächliche Vorstellung - davon zu haben, was mit den Menschen passiert, auf die gefeuert wird. Alles geschieht auf Distanz. Auf diese Weise werden furchtbare Greuel ermöglicht. Als ich an diesen Bombeneinsatz zurückdachte oder an Hiroshima und an all die übrigen Angriffe auf zivile Städte, an das massenhafte Töten so vieler Zivilisten in deutschen und japanischen Städten (in Tokio wurden in nur einer Nacht 100 000 Menschen durch Brandbomben getötet), brachte mich das zu der Erkenntnis, dass selbst so genannte 'gute Kriege', wie der Krieg gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg, fundamentale Probkeme nicht lösen können. Sie vergiften alle - auf beiden Seiten. Sie vergiften Seele und Geist aller Beteiligter auf beiden Seiten. Wir sehen das heute im Irak, wo der Geist unserer Soldaten vergiftet wird, weil sie eine Besatzungsarmee sind - in einem Land, das sie nicht haben will. Das Resultat ist schrecklich.

Amy Goodman:
Als er aus dem Krieg heimkehrte, bekam Zinn ein Soldaten-Stipendium (gemäß dem GI-Gesetz (GI-Bill)). (…) Ende der 50ger Jahre zog Zinn nach Atlanta, um am Spelman-College zu unterrichten. Es war ein College, das ausschließlich schwarze Frauen aufnahm. Dort wurde Zinn tief in die Bürgerrechtsbewegung hineingezogen. Wir sprechen nun mit einer ehemaligen Studentin Zinns - der Autorin und Poetin **Alice Walker.** Alice, das Spelman-College feuerte Howard Zinn - stimmt's? Er war dort Professor und wurde wegen Insubordination gefeuert (ungeachtet dessen, dass das Spelman ihm vor kurzem einen Ehrendoktorttitel verlieh und er vor der Abschlussklasse reden durfte). Warum haben sie ihn damals gefeuert?

Alice Walker :
Er wurde gefeuert, weil er uns sehr, sehr gern hatte. Er zeigte seine Liebe, indem er schlicht bei uns war. Er hatte seine Studentinnen sehr gern. Er sah nicht ein, warum wir Bürgerinnen Zweiter Klasse sein sollten. Er sah nicht ein, warum wir nicht dort essen sollten, wo wir essen wollten oder schlafen, wo wir schlafen wollten oder mit Menschen zusammen sein, mit denen wir zusammen sein wollten. Also blieb er bei uns. Wissen Sie, er zog sich nicht einfach in seinen schulischen (Elfenbein-)Turm zurück. In der damaligen Situation war er ein Subversiver.

A.G.:
Ich wende mich nun an Noam Chomsky. Noam, ich möchte Sie gerne zu Howard Zinns Rolle in der Antikriegs-Bewegung der 60er Jahre befragen. Howard Zinn ver-

öffentlichte 1967 *'The Logic of Withdrawal'**. Zu dieser Zeit existierte bereits eine substantielle Antikriegsbewegung - daher glaube ich, es war so um 1967. Aber diese (Bewegung) war noch palliativ, im Sinne von: Hört mit den schlimmen Dingen auf, haltet euch etwas zurück etc. Howard brachte wirklich den Durchbruch. Er war der Erste, der - laut, öffentlich und sehr überzeugend - sagte: Das muss schlicht und einfach aufhören, wir sollten abziehen, Punkt, bedingungslos, wir haben nicht das Recht, dort zu sein, es ist ein Akt der Aggression. Zieht ab.

Noam Chomsky
Damals war es sehr seltsam (später wurde es normaler), dass er niemanden fand, der sein Buch rezensieren wollte. Er fragte mich, ob ich eine Rezension darüber schreiben wolle und in '*Ramparts*' veröffentlichen. '*Ramparts'* war damals ein linkes Magazin, das ich herausgab... nur, damit einige Leute darauf aufmerksam werden sollten. Also tat ich es.
Aber es ('*The Logic of Withdrawal'*) wurde dann ziemlich schnell bekannt und veränderte die Sicht der Leute auf den Krieg. Im Grunde war es einer seiner phantastischen Erfolge. Er schaffte es einfach, die Perspektive der Leute zu ändern - durch seine Argumentation und seinen Mut, durch seine Integrität und seine Einfachheit und seine Bereitschaft, stets an vorderster Front zu stehen und - wie Alice Walker schon gesagt hat -, durch seinen Humor. Der Krieg war die eine Sache, *'Eine Geschichte des amerikanischen Volkes'* die andere. Ich meine, es (*'Eine Geschichte...')* hat das Bewusstsein einer ganzen Generation verändert.
Bereits zuvor gab es einige Studien - wissen Sie, über Aktionen von unten und so -, aber er (Zinn) hob das Thema auf eine ganz neue Ebene. Eine Formulierung von ihm, die mir immer im Kopf rumgeht, lautet: *"die zahllosen kleinen Aktionen unbekannter Menschen"*. Ihnen widmete er seine detaillierte Studie ("Eine Geschichte..."), ihnen galt sein Respekt. Diese Aktionen führten ja zu den großen Momenten, die in die eingetragene Geschichte eingingen. Doch diese eingetragene Geschichte kann man nicht einmal im Ansatz begreifen, wenn man die zahllosen kleinen Aktionen nicht sieht.
Er schrieb nicht nur eloquent über diese Aktionen, er beteiligte sich auch daran und inspirierte andere, sich daran zu beteiligen. Die Antikriegsbewegung war die eine Sache - davor kam die Bürgerrechtsbewegung - dann gab es die Kriege in Zentralamerika (in den 80er Jahren). Im Grunde war er immer mit dabei. Wissen Sie, ob es nun ein Streik von Büroangestellten war oder etwas anderes, bei jeder wichtigen Aktion für Frieden und Gerechtigkeit war er dabei, bei allem Möglichen. Die Leute sahen in ihm einen Anführer. In Wirklichkeit war er ein Beteiligter. Sein bemerkenswerter Charakter machte ihn zu einer Führungspersönlichkeit, selbst wenn er nur dort saß - wissen Sie - und auf die Polizei wartete, die ihn, zusammen mit den anderen, wegschleifen würde.

A.G.
Noam, vielleicht erinnern Sie sich noch an 1971, vielleicht waren Sie sogar mit dabei, als Howard Zinn und Daniel Ellsberg von der Bostoner Polizei bei einer Protestveranstaltung gegen den Vietnamkrieg zusammengeschlagen wurden? Am Tag zuvor hatte Zinn auf einer Großkundgebung auf dem 'Boston Common' gesprochen.

Auszug aus der Dokumentation *'You Can't Be Neutral on a Moving Train'*:**

Howard Zinn:
"Viele Menschen haben ein Problem mit zivilem Ungehorsam. Sobald du sagst, du praktizierst zivilen Ungehorsam, sind sie leicht peinlich berührt. Aber genau das ist das Ziel von zivilem Ungehorsam: Die Menschen sollen peinlich berührt, beunruhigt, verstört sein. Wir, die wir zivilen Ungehorsam praktizieren, sind nämlich auch ein wenig verstört, und aus diesem Grund wollen wir jene verstören, die für diesen Krieg die Verantwortung tragen."
Daniel Ellsberg:
Am Schluss seiner Rede sagte er - ich erinnere mich -, er sagte: *"Lassen Sie mich nun zu den Geheimpolizisten in der Menge sprechen"*.
Howard Zinn:
"Ihr Agenten des FBI, die ihr in der Menge kreist, hey, seht ihr nicht, dass ihr durch euer Tun gegen den Geist der Demokratie verstoßt? Seht ihr nicht, dass ihr euch aufführt wie die Geheimpolizei eines totalitären Staates?"
Daniel Ellsberg:
Nun, das musste er ziemlich teuer bezahlen - ich denke, am folgenden Tag, als wir, in vorderster Front, vor dem *Federal Buildung* (in Boston) saßen. Es ist so ein Gefühl - (denn) wieder verhaftete die Polizei am Ende fast keine Person. Sie wollten keine Verhaftungen. Sie wollten keinen Prozess. Sie wollten keine öffentliche Aufmerksamkeit für diese Sache. Also verhafteten sie nur ein paar der Ringführer - einer davon war Howard.
Howard Zinn:
"Und so möge der Geist des Ungehorsams sich über die Kriegsfabriken und das Schlachtfeld ausbreiten, über die Hallen des Kongresses und über alle kleinen und großen Städte - bis das Töten aufhört und wir wieder erhobenen Hauptes vor die Welt treten können. Unsere Kinder haben eine Welt ohne Krieg verdient, und wir sollten versuchen, sie ihnen zu geben."
Daniel Ellsberg:
An diesem Punkt hoben (die Polizisten) ihre Knüppel und begannen, uns massiv zu verprügeln. Wie gesagt, sie zogen Howard hoch. Sein Hemd wurde zerrissen. Er wurde weggebracht. Als er wegging, sah ich, wie Blut aus seiner Brust lief.

A.G.
Ich möchte eines der letzten Interviews, das wir mit ihm geführt haben, einblenden. Es entstand im Mai 2005. Er kam gerade aus New York, um für sein neues Buch zu werben.

A.G.
Howard Zinn, Sie schreiben in der Einleitung für (Ihr neues Buch) '***A Young People's History of the United States'****: *"Über die Jahre hinweg haben mich Einige gefragt: "Glauben Sie, dass sich Ihr Geschichtswerk - das sich radikal von normalen Geschichtsbüchern über die USA unterscheidet -, für junge Menschen eignet? Wird es nicht zu einer Desillusionierung hinsichtlich unseres Landes führen? Ist es richtig, Regierungspolitik derart zu kritisieren? Ist es richtig, die traditionellen Helden der Nation zu demontieren - wie Christopher Columbus, Andrew Jackson oder Theodore Roosevelt?" „*
Howard Zinn:
Ja, stimmt. Immer wieder haben mich Leute gefragt: Sollen wir den Kids wirklich erzählen, dass Columbus (von dem ihnen ja gesagt worden war, er sei ein großer Held), Indianer verstümmelt, entführt und getötet hat - auf der Suche nach Gold? Sollen wir den Leuten sagen, dass Theodore Roosevelt, einer unserer großen Präsidenten, in Wirklichkeit ein Kriegstreiber war, der militärische Abenteuer liebte und einem amerikanischen General gratulierte, der auf den Philippinen ein Massaker veranstaltet hatte? Sollen wir den jungen Leuten das erzählen?
Ich denke, die Antwort lautet: Wir sollten ehrlich zu den Jungen sein; wir sollten sie nicht täuschen. Wir sollten ehrlich sein, was die Geschichte unseres Landes angeht. Wir sollten traditionelle Helden - wie Andrew Jackson oder Theodore Roosevelt - nicht nur stürzen, sondern durch alternative Helden für die Jugend ersetzen.
Erzählt ihnen nicht von Theodor Roosevelt, erzählt ihnen stattdessen von Mark Twain. Mark Twain - nun, alle haben gelernt, dass Mark Twain der Autor von 'Tom Sawyer und Huckleberry Finn' *war. Aber in der Schule haben wir nichts über Mark Twain den Vizepräsidenten der 'Anti-Imperialist League' gelernt. Wir haben nicht gelernt, dass Mark Twain Theodore Roosevelt für dessen Beifall für*

das Massaker auf den Philippinen verurteilt hat. Nein.
Wir sollten den jungen Leuten Vorbilder geben wie (die Taubblinde) Helen Keller. Ich erinnere mich an das, was ich über Helen Keller gelernt habe. Jeder von uns hat gelernt, dass sie eine behinderte Frau war, die ihre Behinderung überwunden hat und schließlich berühmt wurde. Aber die Leute - die jungen Leute - lernen in der Schule nicht, dass Helen Keller auch eine Sozialistin und Gewerkschaftsorganisatorin war. Einmal weigerte sie sich, eine Linie von Streikposten zu durchbrechen, die ein Theater bestreikten, in dem gerade ein Stück über sie aufgeführt wurde. DAS wollen wir mit Büchern wie 'A Young People's History of the United *States' erreichen.*
Es gibt sie also, die alternativen Heldengestalten der amerikanischen Geschichte: Fanni Lou Hamer oder Bob Moses sind Helden der Bürgerrechtsbewegung. Viele Menschen steh'n im Dunkeln. Man sieht sie nicht. In 'A Young People's History...' *schreiben wir beispielsweise über eine junge Frau, die in Montgomery in einem Bus saß und sich weigerte, nach hinten zu gehen. Das war noch vor Rosa Parks. Ich meine, Rosa Parks ist zu Recht berühmt, weil sie sich weigerte, ihren Sitzplatz (einem Weißen) zu überlassen. Mit ihrer Verhaftung nahm der Montgomery-Bus-Boykott seinen Anfang. Das war tatsächlich der Beginn der großen Bewegung im Süden. Doch, das oben genannte 15jährige Mädchen war die Erste, die es tat. Und wir haben viele.... wir versuchen, etliche dieser Menschen, die im Dunkeln steh'n, wieder in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit zu rücken, und wir wollen junge Leute inspirieren, zu sagen: "So sollte ich mein Leben führen".*

Naomi Klein:
Ich bin sehr, sehr froh, dass Anthony und das unglaubliche Team von *'Let The People Speak'* Howard an seinem Lebensabend dieses unschätzbare Geschenk gemacht haben. Ich war bei der Premiere der Dokumentation im' Lincoln Center' mit dabei, und als der Name Howard Zinn auch nur erwähnt wurde, sprangen Tausende auf und schenkten ihm die stehende Ovation, die er verdient hatte. Er war in gewisser Weise der Lieblingslehrer aller. Er war der Lehrer, der unser Leben verändert hat. Allerdings hatte er diese Funktion für Millionen von Menschen. Sehen Sie - genau das ist passiert: Wir haben unseren Lieblingslehrer verloren.
Das Interessante an Howard ist, dass es ihm, bei der Geschichte, die er lehrte, nicht nur darum ging, uns unsere offiziellen Illusionen über heroische Figuren oder über den Nationalismus zu nehmen. Er wollte die Menschen lehren, an sich selbst zu glauben und an ihre Macht, die Welt zu verändern. Wie bei jedem tollen Lehrer werden seine Lektionen haften bleiben. Ich denke, wir alle sollten an diesem Tag versuchen, ein wenig wie Howard zu sein.

Aus einem seiner letzten Vorträge, den er im November 2009, an der Boston University, gehalten hat:
Howard Zinn:
Ganz gleich, was uns gesagt wird, ganz gleich, welche Tyrannen existieren, welche Grenzen überschritten wurden und werden, welche Aggression stattfand und stattfindet - wir werden nicht passiv sein im Angesicht von Tyrannei und Aggression, nein, wir werden andere Wege finden als den Krieg, um mit unseren Problemen fertig zu werden, was immer diese Probleme auch sein mögen. Denn 'Krieg' bedeutet unausweichlich - unausweichlich - dass Massen von Menschen ohne Unterschied getötet werden, viele davon Kinder. Jeder Krieg ist ein Krieg gegen Kinder.
Wenn wir es recht bedenken, geht es nicht so sehr darum, (Leute wie) Saddam Hussein loszuwerden. Nun, wir sind ihn losgeworden. Im Verlauf dieses Prozesses haben wir Massen von Menschen getötet, die einst seine Opfer waren. Wenn man gegen einen Tyrannen Krieg führt, wen tötet man? Man tötet die Opfer dieses Tyrannen. Wie dem auch sei - dies ist geschehen, damit wir uns wieder Gedanken über den Krieg machen, damit wir uns klarmachen, dass wir uns in diesem Moment im Krieg befinden - stimmt's? Im Irak, in Afghanistan, in gewissem Sinne auch in Pakistan (weil wir Raketen nach Pakistan abschießen und in Pakistan Unschuldige umbringen). Also - wir sollten es nicht akzeptieren.
Schauen wir uns nach einer Friedensbewegung um, der wir uns anschließen können. Im Ernst - sehen Sie sich nach einer Friedensorganisation um und treten Sie ihr bei. Am Anfang wird sie noch klein, hilflos und Mitleid erregend wirken. Aber so beginnen Bewegungen nun einmal. So begann auch die Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Sie begann mit ein paar Grüppchen von Menschen, die sich hilflos und machtlos fühlten. Denken Sie daran, die Macht derer da oben hängt vom Gehorsam derer da unten ab. Wenn die Leute nicht mehr gehorchen, haben jene keine Macht. Wenn die Arbeiter streiken, verlieren die großen Konzerne ihre Macht. Wenn Konsumenten einen Boykott starten, müssen große Unternehmen klein beigeben. Wenn Soldaten sich weigern, zu kämpfen - wie es viele getan haben in Vietnam (es gab etliche Deserteure, viele Verweigerungen, viele Akte des tatkräftigen Widerstandes von Wehrpflichtigen gegen ihre Offiziere in Vietnam; B52-Piloten weigerten sich, weitere Bombeneinsätze zu fliegen) - , kann ein Krieg nicht weitergehen. Ja, die Macht liegt bei den Menschen. Wenn sie anfangen, sich zu organisieren, wenn sie protestieren und eine starke Bewegung bilden, können die Dinge sich verändern. Das ist alles, was ich sagen möchte. Danke.

Noam Chomsky, emeritierter Professor des MIT (an dem er mehr als ein halbes Jahrhundert lang lehrte) und Autor zahlreicher Bücher.
Naomi Klein: Journalistin, Autorin (u.a. '*Die Schock-Doktrin'*).
Alice Walker: Pulitzer-Preisträgerin, Autorin (*'Die Farbe Lila'*), Poetin und Aktivistin.

Anmerkung d. Übersetzerin
*'*Eine Geschichte des Amerikanischen Volkes'* von Howard Zinn ist als 9-bändiges Geschichtswerk oder als Gesamtausgabe erhältlich.



689 Seiten , **Verlag:** Schwarzerfreitag; **ISBN-13:** 978-3937623504

Weitere auf Deutsch erschienene Bücher von Howard Zinn:
'Künstler in Zeiten des Krieges'
'Schweigen heißt lügen'
'Amerika, der Terror und der Krieg'
Eine ausführliche Biografie und eine Bibliografie seiner meist englischsprachigen Werke finden Sie auf
http://de.wikipedia.org/wiki/Howard_Zinn
** Die Dokumentationen *'You Can't Be Neutral on a Moving Train'* und *'Let The People Speak'* sind auch als DVDs erhältlich.

Amy Goodman ist Moderatorin des TV- und Radioprogramms 'Democracy Now!', das aus rund 500 Stationen in Nordamerika täglich/stündlich internationale Nachrichten sendet.

Übersetzung: Andrea Noll
Originalartikel: http://www.zmag.de/frontpage/artikel/chomsky-klein-arnove-walker-goodman-ueber-howard-zinn/view

Peter Strotmann

Avatar - ein antiimperialistischer Film?

In den USA hat der weltweit erfolgreichste Film aller Zeiten zu einem Aufschrei der religiösen und neokonservativen Rechten geführt; in China – dort erfolgreicher als der Film über Konfuzius – hat er offensichtlich dazu beigetragen, dass die Gesetze über Umsiedlungen demokratisiert werden (95% der Betroffenen müssen künftig zustimmen). In Palästina und Indien kämpfen als blaue Navis verkleidete Aktivisten für ihre Rechte. Weltweit scheint der Film in vielen Ländern beim Publikum eine Stimmung zu spiegeln, die das kapitalistische Entwicklungsmodell in einer Sackgasse sieht, weil es nur durch Ressourcenraub überleben kann und immer wieder zu Krieg und Gewalt des militärisch-industriellen Komplexes führt.

Die naturverbundene Welt der „Navi", das im Film überaus positiv gezeichnete Gegenbild zum aggressiven und brutalen militärisch-industriellem Komplex, gefällt allerdings den religiösen und säkularen Kritikern überhaupt nicht.

Besonders massiv ist die Reaktion in der US-amerikanischen Rechten, die sich den Schuh sofort angezogen hat. So ist für den bekennenden **Neocon John Podhoretz** der Film eine Zumutung für wahre amerikanische Patrioten: *„Als Schlußfolgerung fordert der Film die Zuschauer auf, die Niederlage von amerikanisichen Soldaten durch Aufständische herbeizuwünschen. Es ist also ein tief sitzender Ausdruck einer Art von Antiamerikanismus.*" So sieht er das, obwohl der Film sich gar nicht explizit auf die USA bezieht. Der Kommandant der militaristischen Seite hat zwar vorher in Venezuela (*„was für ein fürchterliches Loch*") als Marine gekämpft, man sieht allerdings keine US-Symbole. Was man – fassungslos - sieht ist allerdings brutalste Militärtechnik und rigorose militärische Hierarchie, ausgeführt durch eine Privatarmee im Namen einer Rohstoff suchenden („Unobtanium") Aktiengesellschaft. *„Die Aktionäre vergeben alles, nur keine fallenden Kurse.*"

Die **religiöse Rechte** sieht das Christentum durch die positive gezeichnete Naturreligion der Pandora-Bewohner gefährdet und wirft dem Film Pantheismus vor. Dieser in Naturreligionen verankerte Glauben geht davon aus, dass es keinen vertikal wirkenden hierarchischen Gott gibt, sondern nur eine horizonale göttliche Präsens in derNatur. Die Anklage von **movieguide.org** lautet: "*Im Film AVATAR benutzen sie das Wort „Geist", als ob Pflanzen, Tiere und die leblose Erde in einer unsichtbaren moralischen Beziehung zueinander stünden. Dieses falsche Konzept der Spiritualität nennt man 'Pantheismus'. Es führt nicht zur Erlösung, weil es Dich nicht mit Gott verbindet.*"

Auch der **Vatikan** liebt die Konkurrenz der Naturreligionen überhaupt nicht: Er kritisiert in einer die Radio-Rezension das schwärmerisch verehrende Naturpathos, das im Film zum Tragen komme. Die Natur erscheine hier *"nicht mehr als eine Schöpfung, die verteidigt werden, sondern als eine Gottheit, die verehrt werden muss."*

Ein anderer Rezensent (**David Outten)** nehmen den Film zum Anlass, die Frage aller Fragen erneut zu debattieren, die **Eigentumsfrage**: *„Cameron hat Pandora mit einem kommunalen Eigentumsbegriff geschaffen. Mit einigen Ausnahmen erscheinen die menschlichen Invasoren als kleinliche, gierige Grobiane. Er lässt die primitive gemeinschafliche Gesellschaft edel und die einmarschierenden Kapitalisten hässlich erscheinen."* Dem hält er entgegen, dass ohne Privateigentum immer Tyrannei angesagt sei. Allerdings kommt dann doch die Frage auf: *„Haben die europäischen Siedler sich über die Eigentumsrechte der amerikanischen Indianer hinweg gesetzt? Gute Frage!"* Wie wird die Frage beantwortet? In der sozialdarwinistischen Tradition US-eurozentristischen Überlegenheitsgehabes: "*Es gab halt einen Zusammenstoß einer primitiven Kultur mit einer mehr fortgeschrittenen".*

Sigourney Weaver spielt im Film eine Wissenschaftlerin, die darauf beharrt, dass die Riten der Navi, allem Augenschein zum Trotz, nicht etwa Voodoo-Unfug sind, sondern rational erklärbare Phänomene. Sie sieht die Botschaft des Films nicht nur politisch, *„eher moralisch-spirituell: Dass wir endlich aufwachen, die Augen aufmachen und beginnen, andere Welten und Spezies zu* ***respektieren****, statt in gedankenloser Gier nach Profit zu jagen"*

Ein Film also, der dazu anregt, ein paar Probleme erneut zu diskutieren. Von der Form her bietet er in seiner 3D-Version ein völlig neues Kino-Gefühl. Inhaltlich ist die Geschichte in der Tat eher einfach gestrickt. Die Rettung kommt denn auch– mal wieder - von einem weißen Messias. Die Navi können's nicht aus eigener Kraft, sie organisieren auch nicht einen erfolgreichen Guerilla-Kampf, sondern kämpfen mit Pfeil und Bogen gegen Panzer und Napalm und werden dabei durch einen wundersamen Kampf der Natur unterstützt. In der Tat - viel Naivität im Plot.

Die geopolitische Wirklichkeit im Jahre 2010 sieht allerdings ganz anders aus. Die indigenen Völker melden sich auf der welthistorischen Bühne mit neuem Selbstbewußtsein zu Wort. Sie brauchen dazu allerdings keine paternalistischen US-amerikanischen Retter. Sie haben ihre eigenen Kampferfahrungen und ihre eigenen Führer wie Evo Morales in Bolivien. Einige Länder des globalen Südens sind zudem dabei, das technologische Monopol des Westens zu brechen. Sie nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand und brauchen nicht das Märchen von den schiksalshaften Heilungskräften der Natur.

Dennoch hat der Film anscheinend einen Nerv der Zeit getroffen: die Einsicht oder zumindest das Gefühl, dass der Kapitalismus unsere Lebensgrundlagen zerstört; dass – spätestens mit der Klima-Krise – der imperiale Lebenstil des reichen Nordens keine Zukunft hat und nur noch mit brutalst-möglichen militärischen Mitteln aufrecht erhalten werden kann, und dass erfolgreicher Widerstand dagegen möglich ist.

Vielleicht trifft **Evo Morales** diesen Nerv der Zeit, wenn er betont *„Für uns, die indigenen Völker, ist das Modell des „Besser Leben" gescheitert. Wir glauben nicht an die nur am Wachstum orientierte Vorstellung von Fortschritt und die unbegrenzte und grenzüberschreitende Entwicklung auf Kosten anderer und der Natur. Aus diesem Grund sprechen wir stattdessen vom „vivir bien", vom guten Leben in Harmonie mit anderen Menschen und der Mutter Erde.*"(SiG71)

Auch in der Erklärung der sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforums 2009 in **Belem** (SiG68) wird dieses Konzept unterstützt: *„Wir verpflichten uns, den Aufbau einer Gesellschaft zu bereichern mit dem Konzept eines Lebens in*

Harmonie mit sich selbst, mit anderen und mit der Umwelt (‚el buen vivir'), indem wir die aktive Teilnahme und die Beiträge der indigenen Völker anerkennen""(SiG72)
In die Verfassung Ecuadors und Boliviens ist inzwischen ein Absatz eingefügt, der den Respekt vor der „Mutter Erde" verlangt und den Respekt vor den Rechten indigener und unterdrückter Völker. Nicht umsonst haben die Palästinenser in Bilin (siehe Ratschlag-Resolution von Attac-D, SiG77) sich die Navi zum Vorbild genommen: (APN-Meldung vom 13.2.2010)

1967 war es der Film „Viva Maria" mit Brigitte Bardot und Jeanne Moreau, der den rebellischen, antikolonialen Zeitgeist ausdrückte und beflügelte. Sollte es 2010 dieser neue Film sein, der diese Tradition – unter völlig anderen Bedingungen, fortsetzt?
Erstaunlich, was Filme bewirken können!



Blau bemalte Demonstranten im Westjordanland
http://www.bilin-village.org/english/articles/press-and-independent-media/The-Making-of-the-West-Bank-s-Avatar-Protest

Bei ihren wöchentlichen Protesten gegen den israelischen Sperrzaun zum Westjordanland haben sich palästinensische Demonstranten am 12.2. etwas Originelles einfallen lassen: Sie posierten als Angehörige vom Volk der Na'vi aus dem Film "Avatar". Sie trugen also blaue Kleidung, hatten ihre Gesichter blau angemalt und ihre Haare künstlich verlängert und trugen Lendenschurze. Wie die Na'vi, die im Film von James Cameron letztlich über die Erdenbürger triumphierten, wollten auch die Palästinenser für ihre Rechte einstehen, erklärte einer der Organisatoren die Protestaktion. (APA/apn)

Das Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen ICAHD macht eine Rundreise durch Deutschland

ICAHD ist eine friedens-politische Organisation, die sich aktiv für das Ende der israelischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten und für eine gerechte und politisch nachhaltige Lösung für ALLE Menschen in Palästina und Israel einsetzt. **www.icahd.org**

ICAHD strebt Begegnungen von israelischen Friedensaktivisten mit der deutschen Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern an. Darum macht zur Zeit ein Vertreter vom ICHAD eine Rundreise durch Deutschland. *„Eine gerechte Lösung der Israel/ Palästina-Frage wird nicht von Israel selbst ausgehen, sondern kann nur durch direkten wirtschaftlichen Druck und aktives politisches Engagement der internationalen Gemeinschaft erreicht werden Das häufig genannte Argument des israelischen Staates, ein Recht auf Selbstschutz und Verteidigung zu haben, ist völlig legitim. Jedoch spricht Israel durch seine Besatzung eben dieses Recht den Palästinensern regelrecht ab und entzieht ihnen somit jegliche Möglichkeiten auf Selbstbestimmung, sei es im Rahmen eines unabhängigen, souveränen palästinensischen Staates oder eines gemeinsamen Staates für Palästinenser und Israelis. Durch die seit 42 Jahren anhaltende Besatzung handelt Israel gegen Völkerrecht und internationale Menschenrechte.*
Zum Unglück aller Beteiligten vor Ort, unterstützen die Vereinigten Staaten, Europa und auch Deutschland die unrechtmäßige Besatzung durch finanzielle und politische Strategien und Mittel. Bisher spielte Deutschland eine Schlüsselrolle darin, die Ausübung eines notwendigen internationalen Drucks zu verhindern und ist zu einer Art kontraproduktiven Kraft im Friedensprozess geworden. Viele Deutsche fühlen sich der Sicherheit Israels verpflichtet. Diese Verpflichtung, die im Sinne einer historischen Verantwortung entstand, ist gerechtfertigt und wird von uns Israelis auch mit größtem Respekt behandelt. Es muss jedoch bewusster und rechtmäßiger mit dieser Verantwortung umgegangen werden. Eine Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel sollte Hand in Hand mit einem Bekenntnis zu Menschenrechten und internationalem Völkerrecht einhergehen. Wir von ICAHD sind der festen Überzeugung, dass nur durch eine fundamentale Änderung im außenpolitischen Ansatz der Nahostpolitik der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union der langwierige und blutige Zyklus von Besatzung, illegalem Siedlungsbau, Unterdrückung und Gewalt zu einem Ende gebracht werden kann." (Jeff Halper)

Die Blockade von Gaza muss aufhören!
Informationen über die humanitäre Katastrophe unter www.ochaopt.org (UN-Organisation);
Zum Krieg gegen Gaza : http://www.goldstonefacts.org/Default.aspx
http://www.gazafreedommarch.org; http://medico.de/media/bericht-gaza-das-grosse-versagen.pdf

Israelische Bürgerinnen und Bürger erklären:

Shimon Peres spricht nicht in unserem Namen!

Januar 2010

Wir schreiben diesen Brief als israelische Bürgerinnen und Bürger. Einige von uns sind Holocaust-Überlebende aus der zweiten und dritten Generation und wir sind alle aktiv im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit für alle Bewohner der geplagten Region. Wir sind besorgt über Deutschlands schädliche und unmoralische Nahost-Politik.
Unser Appell betrifft auch den bevorstehenden Besuch des israelischen Präsidenten Shimon Peres in Deutschland in dieser Woche.

Während es gewiss berechtigt ist, Angriffe auf unschuldige israelische Zivilisten zu verurteilen und dagegen vorzugehen, ist es moralisch nicht hinnehmbar, dass deutsche Entscheidungsträger israelische Angriffe auf unschuldige Zivilisten kontinuierlich ignorieren, ja sogar verteidigen, obwohl diese Angriffe eine viel höhere Zahl an Opfern zur Folge haben, hauptsächlich im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten. Wir sind ebenso besorgt über das Klima der Angst, das in der deutschen Politik herrscht, wenn moderater und gut begründeter Kritik an den schweren israelischen Menschenrechtsverletzungen mit McCarthy-Methoden entgegnet wird, wie z. B die Angriffe auf Heidemarie Wieczorek-Zeul und Herman Dierkes.

Wenn Präsident Shimon Peres in Berlin landet, sollte ihn keiner, der es ehrlich meint, automatisch mit Lob überhäufen, sondern ihn höflich aber bestimmt fragen, warum er Mitglied und dienstältester Propagandist von Israelischen Regierungen ist, die Cluster Munition und weiße Phosphorbomben in dicht besiedelten Wohngebieten in Gaza und Libanon eingesetzt, immer mehr Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut und getrennte Rechtssysteme für israelische Siedler und ihre palästinensischen Nachbarn verhängt haben. Man kann ihn auch fragen, warum er die Verschleppung und Misshandlung eines israelischen Bürgers in Rom (Mordechai Vanunu im September 1986) autorisiert hat – eine eindeutige Verletzung internationalen Rechts – und warum es für einen Staat im Nahen Osten zulässig sein soll, Atomwaffen zu besitzen, was notwendigerweise einen gefährlichen Rüstungswettlauf in dieser explosiven Region auslöst. Man kann ihn auch fragen, warum er als Ministerpräsident im April 1996 die massiven Bombenangriffe auf Dörfer im Südlibanon autorisierte, die ausdrücklich darauf zielten, eine Flut von Flüchtlingen auszulösen um Beirut zu überschwemmen. Wir vermuten, dass Herr Peres nicht begriffen hat, dass todbringende kollektive Bestrafung einer Zivilbevölkerung illegal ist.

Deutschland muss offensichtlich Lehren ziehen aus dem Holocaust und aus der Völkermordpolitik, die Deutsche auch gegen andere ausgeführt haben. Die wirkliche Lehre, die gezogen werden muss besteht darin, dass jeder sich für die universellen Prinzipien der Menschenrechte einsetzt. Deshalb hat Deutschland nicht nur eine moralische Verpflichtung gegenüber Juden, sondern auch gegenüber palästinensischen und libanesischen Zivilisten. Präsident Shimon Peres, der sich zahlreicher schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat, darf nicht als Repräsentant des Weltjudentums betrachtet werden. Er spricht nicht einmal für alle israelischen Juden.

Wir appellieren an die deutsche Regierung damit aufzuhören, die schweren Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren und zu rechtfertigen, die von Shimon Peres und dem israelischen Staat begangen werden, einschließlich derer, die im **Goldstone-Report** dokumentiert sind.

Wir appellieren an die deutsche Regierung, ihre Waffenlieferungen einzustellen, die diese Menschrechtsverletzungen ermöglichen.

Dieser Appell wurde unterschrieben u. a. von:

Gali Agnon, Udi Aloni
Galit Altshuler, Adam Yishay Amorai
Zohar Atai, Ofra Ben-Artzi
Ronnie Barkan, Ilil Bartana
Eitan Buchvall, Adi Dagan
Maayan Dak, Yossi David
Shiri Eisner, Michael Engel
Eva Ferrero, Tamar Freed
Prof. Rachel Giora
Maya Golan, Elana Golden
Vardit Goldner, AdAr Grayevsky
Yoav Haas, Dr. Roni Hammermann
Iris Hefets, Shir Hever
Seffy Hurwitz, Chaya Hurwitz
Iaroslav Youssim
Peretz Kidron (Holocaust refugee)
Assaf Kintzer
Felicia Langer (Right Livelihood Award (Alternative Nobel) 1990, Erich-Mühsam-Prize 2005)
Moshe Langer, Noam Lekach
Yonatan Mendel, Zohar Milchgrub
Susanne Moses, Regev Nathansohn
Ofer Neiman, Dr. David Nir
Dr. Eyal Nir, Orly Noy
Hava Oz
Prof. Nurit Peled-Elhanan (Sakharov Prize for Human Rights 2001)
Moshe Perlstein
Fanny Michaela Reisin
Attorney Emily Schaeffer
Itamar Shapira, Roy Siny
Nirit Sommerfeld
Gideon Spiro (survivor of Pogromnacht 1938)
Shir Sternberg, Aliyah Strauss
Sahar Vardi
Einat Weizman-Diamond
Elian Weizman, Maya Wind
Tom Yuval, Yahav Zohar
David Zonsheine

(Übersetzung Doris Pumphrey)
http://mondoweiss.net/2010/01/israeli-activists-germanys-blanket-support-for-israel-is-harmful-and-immoral.html

Danke an die vier Frauen

Von Holger Dorrenburg

Sahra Wagenknecht, Christine Buchholz, Heike Hänsel und Sevim Dadelen blieben am 27. Jan. 2010 nach der lügengespickten kriegshetzerischen Rede des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres im Bundestag demonstrativ sitzen, während die übrigen Abgeordneten des Bundestags, einschließlich der übrigen Fraktion Der Linken, dem Gastredner stehend zu klatschen
http://www.artikel-eins.com*/Ausgaben/2010_022.pdf*

Michael Haid

Die Londoner Afghanistan-Konferenz - eine Showveranstaltung

IMI-Standpunkt 2010/002 - in: AUSDRUCK (Februar 2010)

Der britische Premierminister und Gastgeber der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010, Gordon Brown, bewertete in seiner Eröffnungsrede das Treffen feierlich als „Moment der Entscheidung“.[1] Entschieden wurde in London allerdings nichts von wirklicher Bedeutung, was nicht vorher in enger Abstimmung mit der US-Regierung und den EU-Vertretern festgelegt worden war bzw. die neue Afghanistan-Strategie der NATO voll und ganz unterstützte. „De facto verpflichteten sich die knapp 60 teilnehmenden Staaten mit der Konferenz zur Unterstützung der Afghanistanpolitik der US-Regierung von Barack Obama und seines Generals McChrystal.“[2] Keinesfalls stellen die Beschlüsse der Konferenz eine eigene Agenda der Konferenzteilnehmer dar (s.u.).

Kostengünstige Kriegsführung

Bereits im März 2009 wurden von den USA mit ihrer neuen Afghanistan-Strategie die Weichen gestellt, die im Kern massive Truppenerhöhungen zur Eskalation des Kriegs und den gesteigerten Aufbau des Polizei- und Militärapparates des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai vorsah. Ziel dieser Strategie ist die „Afghanisierung“ des Kriegs mit einer ab 2011 beginnenden Abzugsphase der westlichen Truppen und einer gleichzeitigen Übergabe der sog. Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung.[3] Insofern bilden die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse[4] gerade keinen „Wendepunkt“, wie allseits von ihren Initiatoren suggeriert wurde, sondern eine Abstützung der fatalen Afghanistan-Strategie der NATO.

Im Wesentlichen gab die Regierung Karsai eine Verpflichtungserklärung zu einer Verbesserung ihrer eigenen Regierungsführung, vor allem hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung, ab. Für den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei wurden bereits beschlossene Zwischenzielgrößen bestätigt: bis Oktober 2011 soll die Polizei auf 134.000 (einschließlich etwa 20.000 Mann Gendarmerie) und das Militär auf 171.600 Köpfe anwachsen. Zusätzlich wurde die Schaffung eines Fonds zur Reintegration Aufständischer angekündigt.[5]

Allerdings liegen diese Zahlen noch beträchtlich unter den Vorgaben von 240.000 Soldaten und 160.000 Polizisten, die auf dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Bratislava noch Ende Oktober 2009 als Ziel ausgegeben wurden, bei deren Erreichen die afghanische Regierung in der Lage sei, selbst für Stabilität zu sorgen. Der Vorteil dieser Afghanisierung des Kriegs wurde von einer Militärzeitschrift so beschrieben, sie sei „50-mal billiger als die Stationierung fremder Kräfte.“[6]

Die deutsche Afghanistan-Strategie

Die Bundesregierung legte wenige Tage vor der Konferenz in London ein eigenes Konzept mit dem Titel „Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung“ vor.[7] Inhaltlich trägt die deutsche Regierung die neue Afghanistan-Strategie der US-Regierung voll mit, indem sie ab 2010 ihre finanziellen Mittel für den zivilen Aufbau von 220 Mio. Euro auf 430 Mio. Euro nahezu verdoppelt und zu dem beschlossenen Reintegrationsfonds für Aufständische (Gesamtvolumen 360 Mio. Euro) mit 50 Mio. Euro erheblich beiträgt. Dieser Fonds soll den irrwitzigen Zweck verfolgen, Aufständische durch eine Ausstiegsprämie vom militärischen Widerstand gegen die NATO-Truppen abzubringen. Josef Joffe, Herausgeber von „Die Zeit“, bezeichnete den Fonds, der in den Medien auch gern als „Abwrackprämie für Terroristen“ bezeichnet wird, folgerichtig als „Augenwischerei.“[8]

In militärischer Hinsicht wird Deutschland durch Schwerpunktverlagerungen innerhalb ihres Einsatzkontingents den Anteil an Ausbildern von 280 auf 1.400 Soldaten erhöhen und zusätzlich die Mandatsobergrenze von derzeit noch 4.500 Soldaten um 850 weitere auf 5.350 Soldaten anheben, wobei 500 Soldaten sofort in Marsch gesetzt werden sollen und 350 als Reserve dienen. Diese Maßnamen würden zusätzliche Kosten in Höhe von 275 Mio. Euro bedeuten. Mit den bereits im letzten Mandat des Bundestages vom 03. Dezember 2009 vorgesehenen 820,7 Mio. Euro für diesen Einsatz wird damit zum ersten Mal die Eine-Miliarde-Euro-Grenze gesprengt. Angesichts von Haushaltskürzungen im sozialen Bereich, ein Skandal, noch mehr Geld in das Militär zu pumpen.

Außerdem ist vorgesehen, die Anzahl der Polizeiberater beim Aufbau der afghanischen Polizei (ANP) von 123 auf 200 bis Mitte 2010 zu steigern und bis Februar 2010 die deutschen Teilnehmer der EU-Mission EUPOL Afghanistan von 45 auf 60 auszuweiten.[9] Der Aufbau des Polizeiapparates von Hamid Karsai wird allerdings zur Sicherheit für die afghanische Bevölkerung kaum etwas beitragen, wie häufig von Regierungsseite suggeriert wird. Ganz im Gegenteil charakterisiert der ZDF-Korrespondent für Afghanistan, Hans-Ulrich Gauck, die afghanische Polizei als Teil des Problems: „Die verhassteste Berufsgruppe in Afghanistan sind die Polizisten, denn die sind in aller Regel korrupt.“[10] Auch Rupert Neudeck, Chef vom Komitee Cap Anamur, stellt eine völlig außer Kontrolle geratene Korruption und ausufernde Kriminalität in Afghanistan fest, bei der die afghanische Polizei und Militär ein erheblicher Teil des Problems seien[11] und genau diese soll nun nach der neuen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung verstärkt aufgebaut werden.

Polizeiausbildung

Zusätzlich offenbart die Polizeiausbildung auch innenpolitischen Konfliktstoff. Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verwahrt sich aufs Schärfste gegen die Pläne der Bundesregierung, Polizisten nach Afghanistan zu entsenden: "Wir haben in Bürgerkriegsgebieten nichts zu suchen, wir sind keine paramilitärische Einheit. Wir sind nicht dafür da, Raketenabwehr zu

machen, wir sind nicht dafür da, in Sprengfallen hineinzufahren oder darauf zu achten. Wir haben nach dem Kriege lange gebraucht, eine zivile Polizei aufzubauen, wir wollen nicht zurückfallen. Wenn sozusagen als Militärersatz Polizei angefordert wird, weil man dies innenpolitisch besser durchsetzen kann, dann sind wir auch dagegen, wenn mehrere Hundert Polizisten jetzt auf einmal in Afghanistan sein sollen."[12]

Allerdings sprechen sich die GdP, ebenso wie ihr Zwilling, die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), nur deshalb gegen eine Entsendung ihrer Kollegen aus, da beide Gewerkschaften die vom Bundesinnenministerium geplante Einrichtung einer eigenständigen Polizeieinheit für Auslandseinsätze mit einem Stellenpool von 360 Polizisten favorisieren, nicht zuletzt deshalb, da für dieses Projekt zusätzlich Geld bereit gestellt werden müsste.[13]

Auch für den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, hat das Vorhaben, lieber Polizisten als Soldaten zum Aufbau von afghanischen Repressionsapparaten zu entsenden, viel Potential: „Und die Polizei muss so aufgestellt werden auch in der Bundesrepublik, dass sie natürlich im Interesse der deutschen Gesellschaft und der Staatengemeinschaft auch in internationalen Krisen eingesetzt werden kann. Es ist besser, Polizei bildet Polizei aus, als wenn Militär Polizei ausbildet."[14]

Die genannten Maßnahmen machen eine Neuverabschiedung des erst am 03. Dezember 2009 verlängerten Bundestagsmandats notwendig, was voraussichtlich Ende Februar 2010 der Fall sein wird.

Westerwelles Showveranstaltung

Während und nach der Konferenz stellte Guido Westerwelle die Bedeutung der deutschen Afghanistan-Strategie so dar, als hätte sie die bisherige Politik der an diesem Krieg Teilnehmenden vollständig vom Kopf auf die Füße gestellt. Der deutsche Außenminister sprach von einem „Konzept des Neuanfangs und der neuen politischen Strategie", hob hervor, dass es auch in der Völkergemeinschaft „großen Rückenwind für den deutschen Strategiewechsel" gegeben habe und kam endlich zu folgendem Schluss: "Alle Punkte des deutschen Konzepts haben Eingang in das Schlussdokument der Konferenz gefunden", wie er auf der Homepage des Auswärtigen Amtes sich selbst zitieren ließ.[15]

Nicht zuletzt schien es für die deutsche Delegation auf dem Londoner Treffen darum zu gehen, Fortschritte der zurecht äußerst kriegsskeptischen Öffentlichkeit vermelden zu können. Nach einer aktuellen Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 29. Januar 2010 zweifeln 76 Prozent der Deutschen am Erfolg des NATO-Einsatzes am Hindukusch und 65 Prozent lehnen die neuerliche Aufstockung des Bundeswehrkontigents kategorisch ab.[16]

Die ablehnende Haltung dürfte noch drastisch zunehmen, wenn tatsächlich eintreten sollte, was Frank Leidenberger, angesichts der neuen deutschen Strategie („Partnering"), prophezeit: der Kommandeur der deutschen Afghanistan-Truppen rechnet mit mehr Gefechten und einem deutlich gefährlicheren Einsatz.[17] Bisher erfolgte die Ausbildung größtenteils in den befestigten Lagern der Bundeswehr, was allgemein als „Mentoring" bezeichnet wird. Sein oberster Dienstherr zu Guttenberg sprang Leidenberger in einem FAZ-Interview bei. „Ein neuer Schwerpunkt ist es, dass man Präsenz in der Fläche zeigt. (…) Wer in der Fläche präsent ist, kann unter Feuer kommen und muss sich wehren können. So ist die afghanische Wirklichkeit."[18]

Sicherlich wird es zu einer Zunahme von Kampfhandlungen vor allem deshalb kommen, da der vom Bundeswehrkontigent beherrschte Norden Afghanistans für Egon Ramms, Kommandeur des NATO-Allied Joint Force Command Brunssum, strategisch eine zentrale Rolle für den Krieg im Süden spielt: „Es ist eine unserer elementarsten Aufgaben im Norden, für die Sicherheit der Nachschubrouten zu sorgen. Diese Wege sind von strategischer Bedeutung, über sie läuft ein großer Teil der gesamten Versorgung unserer Truppen in Afghanistan."[19]

Insofern hatte die Konferenz den Charakter einer „Showveranstaltung",[20] bei der weniger die gefassten Beschlüsse als vielmehr der „psychologische Effekt"[21] im Vordergrund stand, die katastrophale Politik der Bundesregierung weiterhin als Erfolg zu verkaufen.

Quelle: http://www.imi-online.de/2010.php?id=2073

Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan
http://www.imi-online.de/2009.php?id=2035

Anmerkungen

[1] Volkery, Carsten: NATO feiert Durchhalteparolen als Gipfelerfolg, in http://www.spiegel.de, 28.01.2010

[2] Hansen, Sven: Und täglich grüsst das Murmeltier, in http://www.taz.de, 29.01.2010

[3] Vgl. Wagner, Jürgen: Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung. Die neue Afghanistan-„Strategie", in AUSDRUCK, Dezember 2009, S.4-9

[4] Vgl. Afghanistan: The London Conference, Communiqué, 28 January 2010, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/__Anlagen/2010/2010-01-28-abschlussdokument-afghanistankonferenz,property=publicationFile.pdf (29.01.2010)

[5] Vgl. Bundesregierung: Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz, 25.01.2010, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Downloads/100126-papier.pdf, S.5 f.

[6] NATO passt Afghanistan-Strategie an. Einsatz kostet mehr, in Y – Das Magazin der Bundeswehr, 12/2009, S.8

[7] Vgl. Bundesregierung, ebd.

[8] Maluch, Thilo: Afghanistan-Schlamassel bei Maybritt Illner, http://www.welt.de, 29.01.2010

[9] Vgl. Bundesregierung, ebd., S.10 f.

[10] Zitiert in Maluch, ebd.

[11] Vgl. in Maluch, ebd.

[12] Freiberg, Konrad: Gewerkschaften kritisieren Verstärkung der Polizeiausbildung in Afghanistan durch deutsche Polizisten, http://www.ndr.de , 26.01.2010

[13] Vgl. Gewerkschaften kritisieren Verstärkung der Polizeiausbildung in Afghanistan durch deutsche Polizisten, http://www.ndr.de , 26.01.2010

[14] Arnold, Rainer (verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion): Interview, http://www.dradio.de, 27.01.2010

[15] Westerwelle, Guido: Strategischer Neuanfang für Afghanistan, http://www.auswaertiges-amt.de, 28.01.2010

[16] Vgl. Mehrheit lehnt neue Strategie ab, in http://www.sueddeutsche.de, 29.01.2010

[17] Vgl. Es kann mehr Gefechte geben, in http://www.sueddeutsche.de, 31.01.2010

[18] Zu Guttenberg: im Gespräch „Afghanische Sicherheitskräfte in der Fläche ausbilden, in http://www.faz.net, 25.01.2010

[19] Ramms, Egon: Interview: Wir oder die Taliban, in loyal, 01/2010, S.28-31, S.31

[20] Bahar, Afsane: Der Habitus der Überlegenheit, in http://www.german-foreign-policy.com, 28.01.2010

[21] Volkery, ebd.



Bundesweiter Protest 20. Februar 2010 - Berlin

Kein Soldat mehr!

Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind keine Entwicklungshelfer in Uniform. Die Bundeswehr tötet am Hindukusch. Nach dem Bombenabwurf in Kunduz wissen das alle.
Heute sind über 100.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Die Menschen in Afghanistan fühlen sich dadurch nicht befreit, sondern besetzt. Das nährt den bewaffneten Widerstand.
Jetzt sollen noch 40.000 weitere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan Krieg führen. Davon 850 aus Deutschland. Die Bundesregierung will im Bundestag beantragen: Truppenaufstockung für Afghanistan.
Mit der Mehrheit der Bevölkerung sagen wir dazu Nein. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf: Stimmen Sie mit Nein! **Schicken Sie keine weiteren Truppen, sondern ziehen Sie diese ab!** Nur dann hat der Frieden eine Chance, können die humanitären Hilfsorganisationen ungefährdet arbeiten.
Wir rufen auf: Protestiert am 20. Februar gemeinsam gegen den Krieg. Macht den Abgeordneten klar: Gegen unseren Willen schickt die Bundesregierung weitere Truppen an den Hindukusch. Gegen unseren Willen werden weitere Milliarden für den Krieg ausgegeben. Gegen unseren Willen werden neue Waffen eingesetzt. Afghanistan braucht zivilen Aufbau, der verstärkt werden muss. Afghanistan braucht kein Geld für den Krieg.
Deutschland steht erneut vor der Entscheidung. Mehr Soldatinnen und Soldaten und mehr Waffen, damit mehr Tote und mehr Verletzte. Oder: Waffenstillstand, Truppenabzug und zivile Hilfe. Dafür demonstrieren wir. Dafür brauchen wir Unterstützung. Am 20. Februar und darüber hinaus.

Keine Erhöhung der Truppen - Frieden und Aufbau statt Unterstützung für den Krieg!
Am 20. Februar gemeinsam gegen den Afghanistan-Krieg!

Unterstützer (Gruppen und Organisationen

Aachener Friedenspreis; AG Frieden Trier; AG Frieden u. Abrüstung DIE LINKE Hamburg; "Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz" in München; American Voices Abroad Military Project; Antikapitalistische Linke Berlin Mahrzahn-Hellersdorf; Augsburger Friedensinitiative; Attac AG Globalisierung und Krieg; Attac AG Globalisierung und Krieg Frankfurt/M; Attac Berlin; Attac Hamburg; Attac Ludwigshafen/Bietigheim; AWC Deutschland e.V.; Berliner Companie; BO Rote Panke - DIE LINKE Berlin; Bremer Antikapitalistische Linke; Bremer Friedensforum; Bundesausschuss Friedensratschlag; Club Voltaire Frankfurt/M; Deutscher Freidenker-Verband Berlin; Deutscher Friedensrat e.V.; DFG-VK Bundesverband; DFG-VK Hamburg; DFG-VK Ingolstadt; DFG-VK Karlsruhe; DFG-VK Köln; DGB Michelstadt-Erbach/Odenwald; DIDF (Förderation demokratischer Arbeitervereine e.V.); DIE LINKE; DIE LINKE Bez-Vorst. Berlin-Neukölln; DIE LINKE Cuxhaven; DIE LINKE Frankfurt/M; DIE LINKE Groß-Gerau; DIE LINKE Hessen; DIE LINKE LaVo Hamburg; DIE LINKE Main-Kinzig; DIE LINKE Marburg-Biedenkopf; DIE LINKE Schwalm-Eder; DIE LINKE Wetterau; DIE LINKE Wolfsburg; DIE LINKE.SDS Berlin; DIE LINKE.SDS Bundesvorstand; DKP Berlin; DKP Hamburg; DKP Hessen; Dortmunder Friedensforum; Erlanger Bündnis für den Frieden; Essener Friedensforum; FI Berlin Wilmersdorf; Fördergemeinschaft Friedensarbeit Gießen e.V.; Frauen in Schwarz München; Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V.; Friedens- u. Flüchtlingsbegleitgruppe Herford; Friedensbündnis Karlsruhe; Friedensbüro Göttingen; Friedensbüro Heilbronn; Friedensforum Duisburg; Friedensforum Düsseldorf; Friedensinitiative Köln Sülz-Klettenberg; Friedensinitiative Landshut; Friedenskoordination Potsdam; Friedenskreis Eutin; Friedensnetz Baden-Württemberg; Friedens-Netz Saar; Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg; Friedensplenum Iserlohn; Friedensplenum Mannheim; Friedensspirale e.V. Potsdam; Friedenswerkstatt Wedel; Friedenszentrum Braunschweig e.V.; Gesellschaft zum Schutz v. Bürgerrecht u. Menschenwürde (GBM); GEW Bayern; GEW Berlin; Großmütter gegen den Krieg Berlin; Grüne Hilfe Hessen; Hamburger Forum für Völkerverständigung u. Weltweite Abrüstung e.V.; harte Zeiten - junge Sozialisten; Heidelberger Friedensratschlag; IALANA; Initiative militaer-gehoert-abgeschafft.de; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) dt. Sektion; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, dt. Sek.; internationale sozialistische Linke (isl); IPPNW Hamburg; JungdemokratINNen/Junge Linke Landesverband Berlin; Kasseler Friedensforum; Kommunistische Initiative Deutschland; Kommunistische Plattform "Clara Zetkin" DIE LINKE Hamburg; Kooperation für den Frieden; Koordinationsrat der IranerInnen inHamburg e.V.; Kurve Wustrow - Bildungs- u. Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.; LAG "Frieden u. Intern. Politik" DIE LINKE Hessen; MLPD; Mönchengladbacher Friedensforum; Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg; NaturFreunde Deutschlands; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit"; Nürnberger Friedensforum; Paderborner Initiative gegen den Krieg; pax christi internationale katholische Friedensbewegung dt. Sektion; Pax Christi Kassel; Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. - Bundesvereinigung; Wendepunkt - Junge Sozialisten Uni Köln; Würselener Initiative für den Frieden; ZAA Schleswig-Holstein;



Einige Links: http://www.afghanistandemo.de/ https://www.dfg-vk.de/thematisches/afghanistankampagne/ www.imi-online.de, www.friedensratschlag.de, http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg